

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee – Sept. 1987 Nr. 66 2,

Antifaschistisches Pressearchiv und

Bildungszentrum Berlin V
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin

TEL/FAX: 030 67 00 17 78
Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787



**Kann der Airbus
auf dem Roten Platz landen?**

Inhalt:	Kann der Airbus auf dem..... Seite 3	Wehrkraftzersetzung..... Seite 24
	Roten Platz landen?	Studenten der Reserve..... Seite 26
	Der Krieg der Quoten -..... Seite 6	Antifaschisten in Aktion
	Klößner gegen den Rest der Welt	Eine Stadt wehrt sich..... Seite 28
	Gauweiler bekämpft das Volk.. Seite 9	Der Opfer gedenken heißt,.... Seite 29
	und nicht AIDS	den Faschismus bekämpfen
	Mit Bayern für Deutschland... Seite 14	Kriminaltango..... Seite 30
	Strauß in Aktion..... Seite 19	Spaß mit Gustl..... Seite 31

Der Ehrenprofessor für chilenische Rechte muß es wissen

Der chilenische Generalstaatsanwalt - verantwortlich für die Anklage der 14 gefolterten und von Todesstrafe und Hinrichtung bedrohten Antifaschisten - sei "ein korrekter Mann" sagte Strauß in einem Fernsehinterview. Er muß es wissen. Er ist sozusagen vom Fach. Wir erinnern an ein Ereignis vor 10 Jahren:

18.11.1977 - Lateinamerika-Nachrichten 55, 21.12.77, S., 6f.

"Für den Nachmittag hatten sich die chilenischen Behörden eine besondere Ehrung ihres Propagandisten (Strauß) ausgedacht. In der altherwürdigen Jura-Fakultät der chilenischen Staats-Universität wurde Strauß zum Ehrenprofessor der chilenischen Rechte ernannt - ein Ehrentitel, der in der gesamten Geschichte der Universidad de Chile nur zweimal vorher vergeben worden war. Freilich sind es heute keine altherwürdigen Wissenschaftler mehr, die über die Verleihung solcher Würden entscheiden. Der Rektor ist ein General, und die Dekane sind von ihm ernannt.

Hugo Rosende, der heutige Dekan der juristischen Fakultät, aus dessen Hand Strauß die Ehrung entgegennahm, ist in Chile wohlbekannt als Staranwalt der Junta ... Immer wenn es gilt, die als "Ausnahmerecht" beschönigte staatliche Willkür vor Gericht gegen die Menschenrechte und die formal weiter geltende chilenische Verfassung durchzusetzen, tritt Rosende als Anwalt des unbegrenzten staatlichen Machtanspruchs auf ... Daß Strauß sich von dieser Symbolfigur ehren-

ließ, mußte in Chile als Demonstration für das Rechtsverständnis der Junta verstanden werden sowie dafür, daß bei den gewürdigten Verdiensten um die Rechte Chiles die politischen und nicht die juristischen

Rechte gemeint waren. Strauß bedankte sich mit dem philosophischen Satz: 'Ich werde außerhalb Chiles über dieses Land nicht die Halbwahrheit sagen, die des Teufels ist, sondern die ganze Wahrheit, die von Gott ist.'



**Doch dem Kreuz dort auf dem Laken
Fehlen heute ein paar Haken
Da man mit den Zeiten lebt
Sind die Haken überklebt**

B. Bracht, Strophe 8 des Gedichts „Der Anachronistische Zug“

Der von der CSU so beschworene bayerische Höhenflug hat einen Klumpfuß: das Stahlwerk Maxhütte in der Oberpfalz (Klößner) ist in Konkurs gegangen. Der bayerischen Propaganda von der schornsteinlosen High-Tech-Zukunftsindustrie ist das Stahlwerk ein Dorn im Auge. Während Computer, Atomanlagen, Raketen- und Flugtechnik ohne Aussicht auf Besserung hemmungslos subventioniert werden, hat die bayerische Staatsregierung keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Maxhütte im freien Fall der Marktwirtschaft nicht bremsen will. Was wird in Bayern subventioniert und warum, oder:

Kann der Airbus auf dem Roten Platz landen?

Während andere über die Null-Lösung diskutieren, wird in Bayern gebaut. Zur Zeit entsteht bei MBB die erste Rakete längerer Reichweite. Mit angeblich 400 km fiel sie nicht mal unter die Beschränkung der Null-Lösung und wäre somit eine optimale "Nachrüstung" (Spiegel, 9.6.86). Mit der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf bekommt Bayern eine Anlage, die Voraussetzung ist für die massenhafte Produktion von Atomsprengköpfen. Ein Atombomber mit Reichweite bis zum Ural fliegt bereits: der TORNADO. Als nächstes will Bayern die Eroberung des Weltraums unter seine Fittiche holen. Als Antwort auf das amerikanische SDI-Projekt hat Strauß ein eigenes Ei gelegt: die "Europäische Verteidigungsinitiative" oder kurz "EVI".

Zentrales Unternehmen in der deutschen Rüstung ist der bayerische High-Tech-Konzern "Messerschmitt-Bölkow-Blohm" (MBB). MBB ist in seiner Art jedoch nicht nur konkurrenzlos, sondern gar nicht konkurrenzfähig. Was bei Rüstungsproduktion (Waffen made in Germany sind nicht nur angeblich die besten, sondern auch die teuersten) nicht so sehr auffällt, weil ihr Kauf sich im wesentlichen nicht an ökonomischen Gesichtspunkten

orientiert, fällt umso mehr ins Auge, wenn es sich um angeblich zivile Produkte handelt. Mit seinem einzigen zivilen Produkt von Bedeutung, dem europäischen Airbus, ist das Renommierunternehmen deutscher Ingenieurkunst auch in ferner Zukunft auf enorme Subventionen angewiesen.

Doch was heißt schon zivil? Mindestens fünf militärische Versionen des Airbus sind im Gespräch, z.B. als U-Boot-Jäger und Minenleger und zu einem ist er immer gut: als Truppentransporter. Um die Menschen vom Leben zum Tod zu befördern, war den Militaristen bis jetzt noch jedes Gefährt recht, selbst der weniger komfortable Käfer-Vorgänger, Hitlers "Kraft-durch-Freude"-Wagen.

Die Waffe ...

Ein Krieg wird mit dem Airbus heute bereits geführt: der Handelskrieg. "Bei Boeing, McDonnell Douglas und Lockheed lächelte man mitleidig, als Bonn Paris und London gemeinsam das US-Flugzeug-Monopol zu brechen suchten. Heute lächelt niemand mehr" freute sich das "Deutschland Magazin" 1980 hämisch. Die Deutschen hatten es wieder einmal geschafft, besser zu sein als der Rest der Welt.

Was selbst die Japaner nicht in

ihren kühnsten Träumen versuchten, die Europäer hatten das Flugzeugmonopol gebrochen. Der Airbus und seine Nachfolger werden als multifunktionale Flugzeuge gepriesen. Sie können - je nach Variante - kurz oder weit fliegen, mehr oder weniger Passagiere mitnehmen und sind außerdem sparsam und leise - schlicht: ein wahres Wunderwerk. Nur eins kann man mit ihnen nicht: beim Verkauf Geld verdienen. Nach den Entwicklungskosten muß der Steuerzahler Millionen "Altlasten" aus der Produktion bereits verkaufter Flieger bezahlen, und ein Ende gibt es nicht. Auch von dem neuen Mitglied der "Airbus-Familie", dem A 320 ist bekannt, daß er nie in schwarze Zahlen fliegen wird. Der Dollarkurs müßte über DM 2.- liegen, damit schwarze Zahlen überhaupt in Sichtweite kämen. Trotzdem - oder gerade deshalb - wurden schon beim Erstflug eines A 320 im Februar 1987, 440 Stück bestellt. Das ist einmal in der Luftfahrtgeschichte und eine Kriegserklärung an die USA, denn: "Auf einem Markt für schätzungsweise tausend Flugzeuge wird es eng und es droht eine cutthroat-competition, wie die Amerikaner sagen, ein Wettbewerb, bei dem sich die Konkurrenten gegenseitig die Kehle durchschneiden. (Zeit 23/87)

Auf einem Platz ist der Airbus also bereits gelandet, auf einem Marktplatz, genannt Weltmarkt. Für den Roten Platz reicht der Airbus alleine nicht.

und die Waffenhändler

Warum landet man ein Flugzeug am Weltmarkt, wenn man damit kein Geld verdienen kann? Man kann damit Geld verdienen, die Frage ist nur wer? Denn draufzahlen tut MBB nicht. In der direkten Rüstungsproduktion sind die Gewinne garantiert, und bei einem Projekt von "nationaler Bedeutung" wie dem deutschen Flugzeugbau braucht MBB nur mit schlechten Bilanzen winken, und schon werden Altlasten und Entwicklungskosten inklusive anfallender Verluste übernommen.

Jedoch, "der Nicht-Airbus ist teurer als der Airbus" (Strauß im Spiegel 29/87), und damit hat er wohl recht, zumindest, solange wir uns einen TORNADO leisten. Alleine für die Rüstung eine Flugzeugindustrie aufzubauen, mit den Produktionskapazitäten wie in der BRD

ist auf jeden Fall teurer, als wenn man die zivilen Abfallprodukte vermarktet. Um Flugzeugkapazitäten in kriegswichtiger Größe zu erhalten, ist jedes halb verschenkte Zivilflugzeug zur anderen Hälfte bares Geld. Im Gegensatz zum TORNADO, der zu 100 % aus unseren Steuergeldern bezahlt werden muß und den man zivil überhaupt nicht verwenden kann.

Um ein solches 100%-Geschäft zu finanzieren, reicht ein kleines Büro "zur Pflege der politischen Landschaft" in Bonn - wie es Flick für seine Geschäfte unterhielt - nicht aus. Dazu braucht man schon ganze Parteien, die die Remilitarisierung der BRD betreiben und einen Mann, der mit strategischem Plan die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen schafft, die es den alten deutschen Konzernen heute wieder erlauben, Kriegsschiffe, U-Boote, Bomber, Panzer und Raketen zu bauen. Strauß über Strauß: "Ich habe als Bundesminister für Verteidigung die deutsche Luftfahrtindustrie wieder aufgebaut ... Wir sind systematisch vorgegangen. Es ist uns gelungen, zunächst über Wartung, Montage und Lizenzbau amerikanischer Fluggeräte (Starfighter) die nötigen Ingenieurkapazitäten und die technisch-wissenschaftlichen Potentiale zu schaffen und dann eine eigene Luft- und Raumfahrtindustrie aufzubauen, die heute absolute Spitzentechnologie produziert - angefangen vom TORNADO über SPACELAB und ARIANE bis hin zum Airbus." (Wehrtechnik 7/87)

Strauß hat die deutsche Luftfahrtindustrie zwar nicht eigenhändig aufgebaut, aber er hat das Geld beschafft und dafür gesorgt, daß aus dem Nachkriegsdeutschland wieder ein Militaristenstaat wurde, der heute bis an die Zähne bewaffnet ist. Die "fortschrittliche, schlotfreie und umweltfreundliche" Industrie weiß, wo das Geld zu holen ist: "Heute liegen rund 50 % der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie im Freistaat Bayern ... Namen wie MBB, Dornier, MAN, Siemens, Rohde & Schwarz ..." (Strauß). Etwas verbrämter über die Gönner der deutschen Rüstungsindustrie berichtet das "Deutschland-Magazin" die Geschichte: "Nach 1969 ging es darum, einen international angesehenen Mann für die Aufsichtsratsspitze zu gewinnen, der - wie es in der Branche heißt - Flugzeug buchstabieren kann, also etwas von Flugtechnik versteht, vielleicht sogar passionierter Flieger ist und der eine Mannschaft - obendrein aus verschiedenen Nationen - auch in kritischen Zeiten bei der Stange halten kann. Diesen Mann fand man in Franz Josef Strauß."

Ein Mann, der Rakete buchstabieren kann

Es gibt ein zweites Projekt, das als zivil gepriesen, Kosten





verursacht, die ausschließlich über Steuergelder finanziert werden können und das hauptsächlich in Bayern stationiert ist: die deutsche Raumfahrt. Kleine Raketen baut MBB in Eigenregie. Doch Bayern hat Höheres im Sinn: In Oberpfaffenhofen steht die deutsche Raumfahrtbodenstation. Ein europäischer Raumgleiter (HERMES) und ein europäisches Raumlaboratorium (COLUMBUS) sind in Vorbereitung, die Trägerrakete (ARIANE) wird bereits entwickelt. Die Kosten des Projekts werden selbst im Vergleich zum Höhenflug des Airbus astronomisch sein. Auch hier reicht eine Lobby in Bonn nicht. Laut Strauß brauchen wir "ein deutsches Luft- und Raumfahrtministerium" und "eine nationale Raumfahrtagentur" (ähnlich der NASA). "Sie ist mit Fachleuten aus Industrie und Forschung zu besetzen und an ihrer Spitze muß eine anerkannte Persönlichkeit aus der Raumfahrt stehen, die in der Lage ist, der Raumfahrtspolitik der Bundesregierung neue Impulse zu geben." (Wehrtechnik) Wenn diese Persönlichkeit auch noch in der Lage sein muß, Rakete zu buchstabieren, kann Strauß nur sich selbst gemeint haben. Der Impuls, den er der deutschen Raketentechnik geben

will, heißt "Europäische Verteidigungsinitiative". Laut Strauß ist EVI noch anspruchsvoller als SDI, weil es auf die viel kürzere Flugzeit von Raketen innerhalb Europas reagieren müßte. Auch wenn EVI ein Wunschtraum bleibt, ein Impuls wird es auf jeden Fall: Alleine für die Projekte HERMES und COLUMBUS werden aus den Taschen der deutschen Steuerzahler 20 Milliarden DM in die Taschen der Raumfahrtindustrie fließen, abzüglich einer Provisionssumme in den Kassen der CSU. Militärische Abfallprodukte hat die "zivile" Raumfahrtentwicklung der Bundesrepublik heute bereits. So wurde das von DOR-

NIER für das amerikanische SPACELAB entwickelte Lebenserhaltungssystem zur Erzeugung einer künstlichen Atmosphäre auch in die todbringenden deutschen U-Boote der Bundesmarine übernommen. (Wehrtechnik)

Manchmal muß Strauß sogar dem Kapitalismus vorbeugen

Manche Kapitalisten denken etwas zu kurzfristig ans Geld. Sollte das Bundesunternehmen Lufthansa - so lautet ein Vorschlag der FDP - privatisiert werden, dann besteht die

Der Kandidat des Kapitals

Mit der Erstattung von "Altlasten" durch die Bundesregierung löste Strauß ein Versprechen ein, das er bereits während seiner Kanzlerkandidatur gegeben hatte. 1979 erklärte Strauß, daß er im Fall seines Wahlsiegs dafür eintreten werde, daß die "Airbus AG" die von der Bundesregierung vorgestreckten Gelder für die Entwicklung der Airbus-Produktion nicht zurückzahlen müßte. (UZ, 31.7.87)

Gefahr, daß die Airbus-Industrie einen ihrer wichtigsten Kunden verliert. Lufthansachef Ruhnau hat bereits ausgesprochen, daß er Airbus-Angebote zwar wohlwollend prüft, aber keine Kaufgarantie abgibt: "Jeder muß sein Risiko alleine tragen". (Spiegel 46/83) Für einen Einzelkapitalisten mag eine solche Handlungsweise angehen, nicht jedoch für einen Mann wie Strauß, der die kriegswichtige Notwendigkeit einer umfangreichen nationalen Flugzeugindustrie sieht - egal was sie kostet. Gegen die Privatisierungspläne der FDP hat Strauß (an sich ein Freund der Privatisierung gewinnträchtiger Bundesunternehmen) deshalb nicht lange protestiert, sondern den bayerischen Anteil an der Lufthansa durch Zukauf erhöht. Mit solchen Mitteln schafft er die finanziellen Voraussetzungen, um der Luftfahrtindustrie die Produktion schmackhaft zu machen; doch eins kann auch Strauß nicht: ein Stahlwerk retten, dessen Untergang die Stahlindustrie schon lange beschlossen hat. Und er will es auch nicht. Den Ankauf von Aktien der Lufthansa erledigte die bayerische "Landesbank für Aufbaufinanzierung" (LfA). Über die gleiche Bank war die bayerische Staatsregierung am Ausbluten des Stahlwerks Maxhütte beteiligt. Saftige 10,25 % Zinsen verlangte sie für ihre Kredite an die Maxhütte.

"Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit ... Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens."

So zitiert Karl Marx in "Das Kapital" den englischen Gewerkschaftsfunktionär Dunning 1860

Der Krieg der Quoten – Klöckner gegen den Rest der Welt

Der Weltmarkt ist aufgeteilt. Nichts geht mehr. Die wichtigen Länder haben ihre Importe quotiert, d.h. penibel genau festgelegt, wieviel Stahl welcher Qualität aus welchen Ländern eingeführt werden darf. Nationale und internationale Kartelle haben sich gebildet, die bereits die Produktion quotieren, d.h. genau festlegen, welcher Stahlkocher wieviel Stahl welcher Qualität produzieren darf. Diese Kartelle haben sich besonders in den Zeiten von Stahlkrisen entwickelt. Gegenseitig wollte man sich mit Preisabsprachen vor Verlusten sichern.

Damit könnte ein Kapitalist leben, auch wenn der Umsatz sinkt - sollte man meinen. Doch Kapital wäre nicht Kapital, wenn es nicht nach immer mehr Profit schreien würde. Die deutschen Stahlbarone wären nicht mehr sie selbst, wenn sie sich auf einem gesicherten, aber gleichbleibenden Profit ausruhen würden. Und Klöckner zählt zu den aggressivsten. Klöckner hat den Kampf gegen

die Kartelle aufgenommen, auf dem Rücken nicht nur der Stahlarbeiter der Maxhütte.

1976 trat Klöckner (derzeitiger Nachbesitzer der Maxhütte) dem neu gegründeten europäischen Stahlkartell "EUROFER" bei, in dem damals 90 % der EG-Rohstahlproduktion vereinigt war, um Preise und Quoten abzusprechen. Das Kartell hatte die Herrschaft über 761.000 Stahlarbeiter. In der aufkommenden Stahlkrise sank die Auslastung mancher Stahlfabriken unter 50 %. Das war Klöckner zu wenig. 1980 scherte Klöckner aus dem Kartell aus und produzierte 1981 weit mehr als die erlaubte Quote.

Die Rechnung von Klöckner ging auf. Zwar wurde der Konzern von der EG-Stahl-Kommission zu 160 Millionen Mark Strafe verurteilt, hat aber bis heute keinen Pfennig bezahlt.

Bereits 1977 hatte Klöckner die Maxhütte vom damaligen Besitzer Flick aufgekauft, um die für Klöckner erlaubte Produktionsquote zu erhöhen. Klöckners Anteil an der westdeutschen Stahlproduktion stieg mit dem Ankauf von etwa 8 auf 12 %. Mit der Stahlkrise 1981 beginnt Klöckner seinen Rückzug aus der Maxhütte. Klöckner verkauft Anteile der Maxhütte, um sie langsam abzustoßen. Die Beteiligung sinkt auf 50 %. Erst nach dem Konkurs stellt sich heraus, daß Klöckner an Strohmannen in der Schweiz verkauft hat, um zwar aus der Verantwortung zu kommen, alle Entscheidungsgewalt aber bei sich zu behalten. Damals wurde offensichtlich, daß Klöckner



Wir sind die Herren der Welt

Montage: Kommunistische Arbeiterzeitung

mit dem Kauf der Maxhütte nur die Quoten kaufen wollte, um die Produktion in seine Stammwerke zu verlegen: Die Maxhütte wurde ausgeblutet. Von den ehemals 9.500 Arbeitsplätzen (1965) sind heute noch 4500 übrig. Nach dem "Sanierungskonzept" der CSU müssen 3500 Arbeiter entlassen werden, "um die Maxhütte zu retten". Doch das sehen die Stahlarbeiter realistischer. Ein Ministahlwerk mit 900 Arbeitern hat keine Zukunft. Das Sanierungskonzept der CSU ist das Ende. Zur Zeit könnten weder Klöckner noch ein anderer deutscher Stahlkonzern mit einem Aufkauf der Maxhütte ihre Gewinne steigern. Was nutzt die Produktion, wenn die Absatzmärkte fehlen? Heute muß auch Klöckner andere Wege gehen: Der US-amerikanische Stahlmarkt ist der attraktivste, weil dort die Preise 20-30% über Weltmarktniveau liegen. Gleichzeitig haben aber die US-Kartelle die ausländischen Stahlproduzenten mit Importquoten begrenzt. Doch wo Kapital Profit riecht, da kennt es keine Grenze. Ganz neue Länder führen auf einmal Stahl in die USA ein; Länder wie die Bahamas oder Butan, ein winziges Königreich im Himalaya, die alle keine Stahl-

Bund greift dem Airbus unter die Flügel

Kabinettsentscheidung über 1 Milliarde DM Zuschuß nächste Woche

Bonn/München (AP) - Die Bundesregierung ist bereit, auch die Entwicklung des dritten Passagierflugzeugs vom Typ „Airbus“ mit über 1 Mrd. DM zu finanzieren. Wie aus Bonner Regierungskreisen verlautete, wird voraussichtlich in der nächsten Woche das Bundeskabinett entscheiden, ob der Bund - Zuschüsse in Höhe von 85% oder 90% geben wird. Die bis 1990 aufzubringenden Gesamtkosten...

Mit der LUFTFAHRT auf Du und Du
Luftkämpfe um Kunden
Die internationale Luftfahrt verlor 1986 hohe Verluste. Airbus hat die 151 Fluggesellschaften, die dem Internationalen Lufttransport-Verband IATA angehören, im Juni 1986 nach...

Ministerpräsident Strauß zum Airbus und Waffenexport
Wir liefern auch in Spannungsgebiete

Neues Geld für Airbus
In sollen die Monopolstellung der USA bei Großraumflugzeugen...

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch eine Entscheidung über ein neues Projekt beschlossen. Die gezielte und langfristige Unterstützung der Airbus- und McDonnell Douglas-Flugzeugentwicklung...

Luftkampf um Marktanteile Absatz 1986



Strauß warnt die USA vor weiterem Airbus-Streik

hen.Toulouse (Eigener Bericht) Bei der Präsentation („roll-out“) des „kleinen“ Airbus A 320 in Toulouse hat Airbus-Vorstandsvorsitzender Franz Josef Strauß vor einer Fortsetzung der Handelskämpfe gewarnt. In Anwesenheit von mehr als 1000 Premierengästen, darunter Prinz Charles und Prinzessin Diana, betonte Strauß, dass die amerikanische Flugzeugindustrie mit ihrem Weltmarkt von 80 Prozent den Eindruck erwecke...

Bonn zahlt auch für den neuen Airbus
1,5 Milliarden DM für die Entwicklung des Typs „A-320“ freigegeben

Bonn (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung hat am Mittwoch weitere Finanzhilfen für das europäische Airbus-Programm bewilligt. Sie gab 1,5 Mrd. DM als Zuschuß zu den Entwicklungskosten für den neuen Airbus A-320 frei. Außerdem signalisierte sie ihre Bereitschaft, wie bisher auch die Entwicklungskosten für den Airbus A-300 zu übernehmen.

FIS schlug Airbus-Alarm
Bonn soll rasch im Preiskampf gegen Boeing helfen

Zuschuß deckt die Regierung 90% der Entwicklungskosten für den Airbus A-320. Die Subventionen für den Airbus A-300 werden von der Bundesregierung übernommen.

Amerikaner wollen den Airbus abschießen

Entscheidend: Neuer transatlantischer Streit steht ins Haus / US-Delegation auf Tour durch Europa

produzenten sind, drängen auf den amerikanischen Markt. "Die Schweiz kommt mit erheblichen Mengen Feinblech, obwohl sie selbst keins fertigen. ... Der Verdacht der Amerikaner richtet sich dabei in der Bundesrepublik auf nur ein Unternehmen: auf die Klöckner Werke AG ..." (Wirtschaftswoche 51/85).

Wie das große Fressen ausgeht, ist noch nicht entschieden. Ob Klöckner in seinem Krieg gegen die Kartelle Quoten gut machen kann oder verliert, fest steht, daß die Stahlarbeiter die Verlierer sein werden, solange sie ihren Bossen das freie Spiel der Kräfte erlauben. Und nicht nur die Stahlarbeiter, jeder zahlt drauf: Von 1981 bis 1985 erhielt die EG-Stahlindustrie 64 Milliarden Mark an Subventionen (SZ, 28.7.87). Nicht ganz jeder: "Das Plattmachen der Maxhütte" (metall 15/87) ließen sich die Klöckner-Vorstände 1986 mit je 603.770 DM bezahlen, das waren 12,5 % mehr als im Vorjahr.

Auch mit noch mehr Subventionen wäre die Maxhütte nicht zu retten. Das Weiterleben der Maxhütte sprengt die Grenzen des Kapitalismus. Das weiß auch Strauß und das weiß auch der Gutachter, auf den sich die CSU beruft. Hayek, der auch das 900-Mann-"Sanierungskonzept" entwickelte, hält "eine Schließung der Maxhütte für die wohl sinnvollste Lösung". (FR 16.7.87)

Straußens Empfehlung: sich bei der Polizei oder in Grafenwöhr einen Arbeitsplatz zu suchen. Grafenwöhr ist ein Truppenübungsplatz. Am Maxhütte-Standort Sulzbach-Rosenberg wird für 100 Mio. DM eine neue Bereitschaftspolizei-Abteilung mit vier Hundertschaften aufgebaut. Den ersten Kontakt mit den streikenden Arbeitern haben sie bereits aufgenommen. Straußens Begründung für die wenigen

Kann nur ein Krieg die Maxhütte retten?

Die Geschichte der Maxhütte ist eng mit bekannten Namen deutscher Kriegsgewinnler verknüpft. Gründer der Maxhütte waren 1853 die Maffei, damals die reichsten Industriellen im Königreich Bayern. Maffei - untrennbar mit den Namen deutscher Panzer verbunden - beklagte noch 1914 die "ungewöhnlich schlechte Lage" der Stahlindustrie. Doch da kam die Wende - der Krieg. In den zehn Jahren von 1908 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs stiegen die offiziellen Reingewinne der Maxhütte von 1,3 Millionen auf 5,9 Millionen Mark.

1921 ging die Aktienmehrheit der Maxhütte an die Industriellenfamilie Röchling, die aber vom Zweiten Weltkrieg nicht mehr profitieren konnte. 1929 hatte der "alte Flick" die Maxhütte aufgekauft und konnte Reibach machen, bis er als Kriegsverbrecher in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Während die Maxhütte unter Flickschem Besitz für viele Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge, die dort arbeiten mußten, das Todesurteil bedeutete, war sie für Flick mehr eine Lebensversicherung: Während bei der Währungsreform 1948 die werktätigen Menschen mit einem Kopfgeld von DM 40 beginnen mußten, behielt Flick den vollen Aktienwert der Maxhütte, nämlich 50 Millionen Mark.

1977 kaufte Klöckner die Maxhütte. Damit wurde Klöckner-Chef Günter Henle Stahlboss in der Oberpfalz. Ein Mann, der nach dem Ersten Weltkrieg als Freikorpsoffizier an der Niederschlagung der Arbeiterkämpfe in Thüringen und Bayern beteiligt war und der vor 1945 als Wehrwirtschaftsführer dem "kleinen Gremium der Stahlkonzerne angehörte, das einen wesentlichen Einfluß auf die Kriegspolitik Hitlers ausübte." (Braunbuch)

Kommt der Dritte Weltkrieg zu spät für die Maxhütte? Oder gibt es auch eine friedliche Lösung? Einen Versuch hat es gegeben. Nach dem Krieg hatte Flick einen schweren Stand. Während er im Gefängnis saß, bauten die Arbeiter der Maxhütte "ihr Werk" wieder auf. Werksleiter im Standort Haidhof war ein Kommunist. Es geht auch ohne Kapitalisten, das haben die Arbeiter der Maxhütte damals bewiesen.

Arbeitsplätze in der Oberpfalz: Ansiedlungswillige Zulieferer würden die "WAA-revolutionäre Oberpfalz" meiden und das "ruhige Niederbayern" bevorzugen (MZ, 25.5.87).

Hinweis:

Die meisten Informationen zu Maxhütte/Klöckner wurden einer Broschüre des "Arbeiterbund für

den Wiederaufbau der KPD" entnommen. Die Broschüre heißt: "Wir brauchen die Maxhütte - Wir brauchen den Stahl - Die Kapitalisten brauchen wir nicht", hat 80 Seiten A 4, kostet DM 5 und enthält noch viel mehr Wissenswertes. Sie ist zu bestellen bei: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD - Ortsgruppe Regensburg, R. Stadler, Glockengasse 7, 8400 Regensburg

Gauweiler bekämpft das Volk und nicht AIDS

1977, als der Kapitalistenchef und Ex-SS-Offizier Schleyer entführt und ermordet wurde, war die RAF der Vorwand für den Abbau demokratischer Rechte und den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates. Damals wurde die Strafprozeßordnung durch das sogenannte Kontaktsperregesetz zuungunsten der Angeklagten geändert.

Seit der von Zimmermann erfundenen "Asylanflut" wird der Bundesbürger wieder an Lager zur Konzentrierung bestimmter Personengruppen gewöhnt. Der AKW-Widerstand mußte für die "Anti-Terrorismus-Gesetze" herhalten, die im Januar '87 auf Drängen der CSU vom Bundestag beschlossen wurden. Die Gesetze sind Herrschaftsinstrumente, mit denen alle Versammlungen, alle Vereinigungen, alle Veröffentlichungen verboten und die Verantwortlichen eingesperrt werden können.

Mit dem maschinenlesbaren Personalausweis kann die Polizei blitzschnell beliebige Bevölkerungsgruppen kontrollieren und überprüfen. So etwas hatte nicht einmal die Gestapo.

Gauweilers Maßnahmenkatalog ist der vorläufige Höhepunkt des Ausbaus staatlichen Gewaltmonopols zur lückenlosen Kontrolle des Volkes (bis ins's Bett).

Das Bundesseuchengesetz: auf AIDS nicht anwendbar

Zunächst ein paar Worte zum Bundesseuchengesetz, das 1953 geschaffen wurde zur Eindämmung und Bekämpfung ansteckender und damals schon heilbarer Krankheiten wie Cholera, Salmonellose, Lepra, Pocken, Tollwut usw. Dieses Gesetz sieht Maßnahmen wie Meldepflicht, Zwangsuntersuchungen und sogar die Absonderung der Kranken vor. Das Gesetz ist notwendig zur Heilung und zur Verhinde-

rung weiterer Ausbreitung von Seuchen, die in der Regel durch bloßes Anhusten oder Berührung übertragbar sind. (Die Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten z.B. ist durch ein eigenes Gesetz geregelt.)

Das Bundesseuchengesetz setzt zweifellos für die Betroffenen Grundrechte außer Kraft, aber zeitlich begrenzt, eben nur so lange, bis sie gesund sind. (Selbstverständlich ist es die Pflicht und Aufgabe der Demokraten über möglichen Mißbrauch auch eines solchen Machtinstru-

AIDS dient als Vorwand zur Beseitigung gesetzlich abgesteckter Grenzen polizeilicher Allmacht. Lager für Ausländer kennt man schon. Wegen AIDS sollen wir uns auch an Lagerhaltung für Deutsche gewöhnen.

Zu diesem Zweck entdeckte Gauweiler den Schutz des deutschen Volkskörpers vor "Undeutschem" wieder (das sind außer Ausländern für solche wie Gauweiler selbstverständlich auch Schwule und Fixer). Dabei geht es ihm genausowenig wie den Hitlerfaschisten um die Bekämpfung von Krankheiten, es geht ihm um Panik- und Stimmungsmache gegen die obengenannten "Volksschädlinge": die AIDS-Kranken sind unsere Feinde, sowie es im letzten Sommer die Asylbewerber waren. Es geht ihm und denen, die hinter ihm stehen, um gesetzlich verankerte Machtinstrumente, die das Grundgesetz unwirksam machen. Dazu reicht der Maßnahmenkatalog in Bayern nicht. Das Werkzeug, mit dem das Grundgesetz zu knacken ist, liegt in Bonn. Nach aller Erfahrung ist die CSU stark genug (es sei denn, wir Demokraten verhindern es, denn CDU und FDP waren noch nie Bollwerke gegen Strauß), um in Bayern erprobte Rechtsbrüche bundesweit durchzusetzen.

ments zu wachen.)

Zwangsmaßnahmen dürfen aber nur dann angewendet werden, wenn sie zur Verhütung und Bekämpfung einer Krankheit zweckmäßig sind. Prüft man den bayerischen Maßnahmenkatalog unter diesem Gesichtspunkt, so ergibt sich, daß er AIDS nicht eindämmt, sondern seine weitere Verbreitung begünstigt.

Zur Untermauerung dieser These zitieren wir einen Artikel von Manfred Bruns, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof: "AIDS, Alltag und Recht" im Münchner

Ärztlichen Anzeiger Nr. 23:

"Der HIV-Antikörpertest ist auch als Mittel der Früherkennung nicht indiziert. Denn für symptomlose HIV-Antikörper-Positive gibt es bisher weder eine Behandlungsmöglichkeit, noch weiß man, welche Ko-Faktoren den Ausbruch der Krankheit begünstigen oder hemmen. Deshalb kann man HIV-Antikörper-Positiven nur den selbstverständlichen Rat erteilen, möglichst gesund zu leben. Hinzu kommt, daß HIV-Antikörper-Positive im üblichen sozialen Umgang nicht ansteckend sind. Es genügt, wenn sie sich bei sexuellen Kontakten auf "safer sex" beschränken und beim Fixen eine sterile Einmalspritze benutzen. Das aber sind Vorsichtsmaßnahmen, die heute jedermann beachten muß, der nicht in einer absolut monogamen Beziehung lebt, gleichgültig, ob er positiv oder negativ ist und ob er dies weiß oder nicht. Der Test hat deshalb keine erwünschten Wirkungen.

Er hat aber schwerwiegende unerwünschte Wirkungen. Denn das positive Testergebnis löst häufig schwere hypochondrische und depressive Verstimmungen aus, die sich bis zur Suizidgefahr steigern können. Es besteht aber Einigkeit darüber, daß solche Beeinträchtigungen des Lebenswillens die Immunabwehr des Körpers schwächen können. Es ist deshalb vorstellbar, daß gerade die durch die Konfrontation mit dem positiven Testergebnis ausgelösten Depressionen der Faktor sind, der das Immunsystem einer infizierten Person zusätzlich

so schwächt, daß die Krankheit zum Ausbruch kommt.

Für die HIV-Antikörper-Negativen mag das Testergebnis zwar eine Erleichterung bedeuten. Es verführt aber nicht selten zu Leichtsin, weil es als Unbedenklichkeitsbescheinigung mißverstanden wird. Das ist gefährlich, weil man sich auf ein negatives Testergebnis nicht verlassen darf. Zwar sind falsch-negative Testergebnisse heute äußerst selten. Es muß aber mit Änderungen des Erregers und neuen Virusstämmen gerechnet werden, die durch die bisherigen Tests und Untersuchungsmethoden nicht erfaßt werden. Hinzu kommt, daß die HIV-Antikörpertests auf frische Infektionen nicht ansprechen. Bis der Körper nach einer Infektion Antikörper bildet, können Monate, in seltenen Ausnahmefällen sogar Jahre vergehen. Außerdem werden die Tests durch jeden neuen sexuellen Kontakt ohne Vorsichtsmaßnahmen entwertet.

Sollen deshalb Kontroll-, Überwachungs- und Absonderungsmaßnahmen überhaupt einen Sinn haben, müssen sie über alle AIDS-Verdächtigen lebenslänglich verhängt werden. Das würde aus unserer freiheitlichen Demokratie einen Polizeistaat machen."

Der Ansteckungsverdächtige

Die Interpretation des "Ansteckungsverdächtigen" ist der Hebel, mit dem beliebige und beliebig viele Personen überwachbar, kontrollierbar, aussonderbar gemacht werden können.

"Ansteckungsverdächtig im Sinne des Bundesseuchengesetzes sind alle Personen, bei denen es möglich ist, daß sie während der Inkubationszeit für AIDS, also während der letzten zehn Jahre, mal den Partner gewechselt haben oder die mit Partnern zusammenleben, bei denen so etwas denkbar ist. AIDS-Verdächtig ist damit letztlich fast jeder - Männer wie Frauen." (Bruns a.a.O.)



Und die von Gauweiler herausgegebene Zeitschrift "AIDS-Forschung" macht sich wie folgt Gedanken über den "Ansteckungsverdächtigen". Zwei Zitate, die darüber hinaus Aufschluß geben über das wissenschaftliche Niveau von "Aids-Forschung" (AIFO): Gauweiler-Freund und Berater Gallwas (Prof. für Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik) in AIFO Nr. 1/86: "Wer an Treffpunkten von Risikogruppen in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland angetroffen wird, ist in seuchenrechtlicher Hinsicht ansteckungsverdächtig oder ausscheidungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 3 bez. 5 BSeuchG. Um Mißverständnissen vorzubeugen: es handelt sich

hier nicht um einen Ansteckungsverdacht im medizinischen Sinn, sondern um einen Ansteckungsverdacht im seuchenrechtlichen Sinn."

Es geht also tatsächlich nicht um die Behandlung der Krankheit durch Mediziner, sondern um die Anwendung des Seuchenrechts durch die Polizei!

In AIFO Nr. 4 präzisiert Martina Rübsamen, Dr. jur. Verwaltungsrätin am städtischen Gesundheitsamt München, ihren Kollegen Gallwas: "An den Nachweis des Kontaktes zu Personen der Risikogruppe dürfen keine überspannten Anforderungen gestellt werden. ... So läßt zum Beispiel das Warten vor als Homosexuellen- und

Strichertreffpunkt bekannten öffentlichen Toilettenanlagen über einen längeren Zeitpunkt hinweg darauf schließen, daß der Sinn und Zweck des Aufenthalts nicht (ausschließlich) die Benutzung der Toilettenanlagen in ihrer eigentlichen Funktion ist, sondern vielmehr das Zusammenreffen mit Homosexuellen und Strichern". Ja, Frau Rübsamen, gepinkelt oder nicht (nur) gepinkelt, das ist hier die Frage! Aber lassen wir das! Schluß der Vorstellung! Die Ergüsse von Gallwas und Rübsamen sind zusammen 22 Seiten lang. Die Zitate sollen dokumentieren, daß der Gauweilerkatalog der Willkür Tür und Tor öffnet zum Bruch der Grundrechte eines jeden von uns.



Demonstration gegen AIDS-Zwangsmaßnahmen am 4.4.87 in München

Foto: argum



Demonstration gegen AIDS-Zwangsmaßnahmen am 4.4.87 in München Foto: argum

Grundrechtsverletzungen unter dem Vorwand AIDS zu bekämpfen

- **"Die Würde des Menschen ist unantastbar"** (Grundgesetz, Artikel 1). Zwangsvorfürhungen durch die Polizei können erfolgen auf Grund von Hinweisen z.B. von Nachbarn, die einen denunzieren wollen. Der "Ansteckungsverdächtige" wird bespitzelt, bloßgestellt und gedemütigt.

Aus dem Maßnahmenkatalog: ... "Ergeben sich aufgrund von Hinweisen Dritter begründete Anhaltspunkte dafür, daß ein Ausländer dem vorgenannten Personenkreis angehört ..." Selbst der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Hermann Lutz, CDU, sieht sich genötigt zu warnen: "Es besteht auch die Gefahr, sich mit dem Virus der Hysterie zu infizieren. Bricht diese Krankheit erst einmal aus, sind der Bespitzelung, Ausgrenzung, Diffamierung und Verfolgung keine Grenzen gesetzt."

"Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich." (Grundgesetz, Artikel 2) Es ist inzwischen an vielen Kliniken z.B. in München üblich, daß die Patienten auf HIV-Antikörper untersucht werden, in der Regel ohne ihr Wissen. Begründet werden die Untersuchungen mit der Gefährdung des medizinischen Personals, was Unsinn ist. Denn eine Ansteckung ist bei Beachtung der ohnehin vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen nicht möglich. Es sind grundsätzlich alle Blutentnahmen nur dann zulässig, wenn der Patient über alle beabsichtigten Untersuchungen aufgeklärt worden ist. HIV-Tests gegen den Willen oder ohne Wissen des Patienten sind Körperverletzung!

- **"Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich."** (Grundgesetz, Artikel 3/1) Das Herausgreifen verschiedener Bevölkerungsgruppen wie Ausländer, Schwule, Prostituierte oder Fixer als "krankheitsverdächtig" hat nichts mit dem Krankheitsbild zu tun, sondern ergibt sich aus der Lebensweise und Herkunft bestimmter Personen. Hierin liegt ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und die Menschenwürde.

- **"Alle Menschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet."** (Grundgesetz, Artikel 11) Aus dem Maßnahmenkatalog: "Wechseln Betroffene, gegen die Anordnungen ergangen sind, an einen unbekannten Aufenthaltsort und entziehen sich dadurch insbesondere der Beobachtung, meldet sie das Gesundheitsamt oder die Kreisverwaltungsbehörde der Polizei zur Aufenthaltsermittlung." Wer als "Ansteckungsverdächtiger" seine Umzüge nicht meldet, landet im Polizeicomputer. Auch die sogenannten Uneinsichtigen sind vom Freiheitsentzug betroffen. Gauweiler spricht auch gerne von Desperados, die nach seiner perfiden Phantasie das HIV-Virus verbreitend durch die Lande ziehen. Nur ihretwegen sei der ganze Maßnahmenkatalog notwendig und überhaupt nur für sie gemacht, sagt Gauweiler und mit ihm viele andere wie z.B. sein Nachfolger im Kreisverwaltungsreferat München, der smarte Herr Uhl, der knallhart auf Gauweiler-Linie ist. "Man habe damit eine juristische Grundlage, um gegen sogenannte Desperados strafrechtlich vorgehen zu können. Einen anderen Zweck des Katalogs sehe er nicht." (SZ, 8.7.87)

Wenn der Schöpfer des Maßnahmenkatalogs behauptet, es ginge nur um "Desperados", dann lügt er. Wir haben seine "AIDS-Forschung" zitiert, in der von "Desperados" nicht die Rede ist, sondern von solchen, die vor öffentlichen Toiletten warten. Auch im Maßnahmen-Katalog kommen Desperados nicht vor: "HIV-Infizierte, die nachweisbar uneinsichtig sind, weil sie wiederholt seuchenrechtlichen Anordnungen zuwidergehandelt haben und dadurch HIV weiterverbreiten und andere gefährden, können gemäß § 37 abgesondert werden."

"Seuchenrechtlichen Anordnungen zuwiderhandeln" also "uneinsichtig" sein heißt, sich den Zwangstest nicht gefallen lassen, den Wohnort zu wechseln, ohne es Herrn Gauweiler mitzuteilen, der Vorladung des Gesundheitsamtes aufgrund von "Hinweisen Dritter" nicht Folge zu leisten. Solche Menschen sollen abgesondert werden.

- **"Alle Deutsche haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstelle frei zu wählen."** (Grundgesetz, Artikel 12) Gauweiler konnte auf einer Veranstaltung in München stolz die

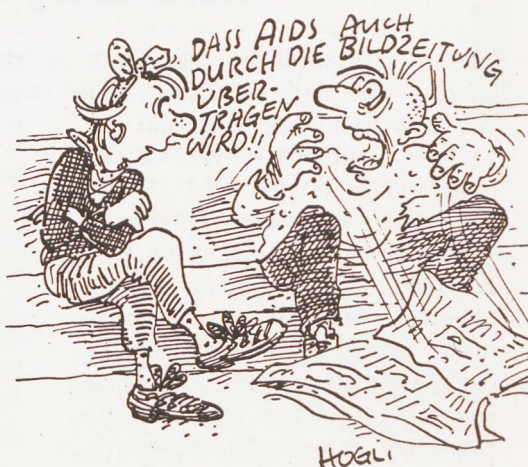
Zahl von 16 Berufsverbotsfällen wegen HIV-Infektion in Bayern vorweisen.

Dazu Bundesanwalt Bruns: "Es gibt keine Tätigkeit, die ein HIV-Positiver nicht ausüben darf außer der des Blut- und Samenspenders. Das gilt auch für den Beruf des Kochs, des Bäckers, des Kellners, des Arztes, des Krankenpflegers, des Masseurs, des Friseurs, des Lehrers, der Kindergärtnerin und ähnliche Berufe." Die Frankfurter Professorin Dr. Helm hat bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages am 19. März 1986 zu Recht bemerkt: "In die Suppe spucken schadet nichts!" (a.a.O. Seite 13) (Frau Helms ist eine der Leibprofessoren Gauweilers, auf die er sich gerne beruft, wo es ihm paßt. Auch sie schreibt in seiner "AIDS-Forschung". Als eine der ersten hat sie Gummihandschuhe für die Polizei gefordert. Gauweiler kennt ihren Standpunkt gut. Dennoch läßt er z.B. Köchen oder Küchenhilfen Berufsverbot erteilen.)

Siemens und der AIDS-Test

Geht es nach der CSU und Siemens, dann muß bald jeder, der einen Job sucht, vorher zum "AIDS-Test". "Die Tests werden auch bei Privatfirmen kommen", weiß der Schwarze Hellseher Peter Gauweiler. Deshalb müsse der Staat "positive Vorgaben" erteilen. Sie bestehen darin, daß nach dem CSU-Horror katalog zu AIDS, Bewerber für den Öffentlichen Dienst zwangsgetestet werden sollen. Nach dem Gesinnungstest der HIV-Test.

Siemens will eiligst nachziehen, sobald die Rechtsgrundlagen für Zwangstests geklärt bzw. zurechtgebogen sind. Die prompte Reaktion des Konzerns läßt die Frage entstehen, ob die Idee der Zwangstestung wirklich im Innenministerium oder nicht vielmehr in der hundert Meter entfernten Konzernzentrale im Wittelsbacher Palais geboren wurde. Denn für Siemens sind die "lieben Mitarbeiter" nun einmal ein Kostenfaktor. AIDS-Infizierte mit der Gefahr der Erkrankung aber sind ein unkalkulierbarer Kostenfaktor. Kommt hinzu, daß es bei Siemens eine Betriebskrankenkasse gibt: Nach Schätzungen der Krankenkassen müssen für jeden AIDS-Kranken ca. 300.000,- DM aufgewendet werden. Deshalb die geplante Qualitätskontrolle bei der "Ware Arbeitskraft". Daß damit Berufsverbote und Existenzvernichtungen in neuen Dimensionen drohen, stört die Konzerngewaltigen wenig. (Neues München, (Zeitung der DKP) April 1987)



Gauweiler warnt immer wieder gerne vor dem "nicht sexuellen" Übertragungsweg von AIDS, vor dem man sich - gäbe es ihn wirklich - tatsächlich nicht schützen könnte. Warum macht er das? Um Stimmung zu machen gegen seine Risikogruppen, die anders sind als saubere Deutsche, die Ausländer, Schwule, Linke ... Um das gesunde Volksempfinden in Wallung zu bringen für den Polizeistaat, für die Volksgesundheit, denn die ist nicht schwul, nicht links aber deutsch.

- **"Die Wohnung ist unverletzlich"** (Grundgesetz, Artikel 13). Aus dem Maßnahmenkatalog "Polizeirecht": "Orte, an denen der Prostitution nachgegangen wird, sind regelmäßig zu überprüfen". Woher weiß die Polizei, wo außer in offiziellen Bordellen der Prostitution nachgegangen wird? Das muß sie eben überprüfen! Mit dieser Verordnung steht ihr, wenn ihr danach ist, jede Wohnungstür offen!

- **"Niemand darf wegen ... seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft ... benachteiligt oder bevorzugt werden."** (Grundgesetz, Artikel 3/3)

- **"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."** (Grundgesetz, Artikel 16/2) Der offizielle Titel des bayerischen Maßnahmenkatalogs heißt: "Aids, Vollzug des Seuchenrechts, des Ausländerrechts und des Polizeirechts". Die Ausländer mit Seuchen in einem Atemzug zu nennen, das ist staatlich verordneter Rassismus. Aus dem Katalog: "Ist der Ausländer HIV-infiziert, ist die Aufenthaltserlaubnis zu versagen". Diese Regelung gilt nicht für EG- und solche Staaten, die dem "europäischen Hygienekreis" (das ist eine von Strauß erfundene Neuauflage der "nordischen Rasse") angehören, wie z.B. der Vatikanstaat, Schweden und die Schweiz. Ebenso wenig sind die hier stationierten US-Soldaten von der Regelung betroffen.

Es ist bekannt, daß in Schweden und der Schweiz die HIV-Positiven-Raten sehr viel höher liegen als z.B. in der Türkei (von 100.000 Einwohnern sind in den USA 15,07 Menschen an AIDS erkrankt, in der BRD 1,69, in der Schweiz 3,51 (!), in Schweden 1,29 und in der Türkei 0,03 (!), Quelle WHO, Stand 27.5.87). Daß die USA von AIDS am meisten betroffen sind, weiß jedes Kind. Daß ein hoher Prozentsatz von US-Soldaten drogenabhängig ist, weiß auch jeder.

Der DID ist nicht der Meinung, daß man die US-Soldaten testen sollte - wir lehnen alle Zwangsmaßnahmen ab - aber warum kommt ein Gauweiler nicht auf die Idee, Eingaben beim Hauptquartier der 7. Armee zu machen oder mit der US-Regierung Verhandlungen aufzunehmen, die sich doch ihrerseits mit Gedanken an Zwangsmaßnahmen trägt?

Weil es ihm nicht um AIDS geht!

Sondern um den Kampf gegen alles Undeutsche".

Die Türken, die Schwarzen, die Tamilen, sie sind die Feinde des Volkes, sie haben AIDS, sie nehmen uns die Arbeitsplätze, die Wohnungen weg, sie liegen uns auf der Tasche.



Ministerialamtsblatt der Bayerischen Inneren Verwaltung

B 4755 A

245

Herausgegeben vom Bayerischen Staatsministerium des Innern
München, 25. Mai 1987

39. (106.) Jahrgang

Inhaltsübersicht

Bek des StMI vom 19. 5. 1987 Nr. I E/I A/I C - 5280-
8.2/7/87
AIDS; Vollzug des Seuchenrechts, des Aus-
länderrechts und des Polizeirechts 246

Bek des StMI vom 19. 5. 1987 Nr. I A 2 - 2081.10
Ausländerrecht; ärztliche Untersu-
chung vor Erteilung der Aufenthaltserlaub-
nis 256

Mit Bayern für Deutschland

"Der Parteivorstand der SPD hielt den Nationalsozialismus für eine bayrische Biergaudi .." Als der Fraktionsvorsitzende der bayerischen SPD von 1922-33 Wilhelm Hoegner diesen tödlichen Fehler erkannte, war es bereits zu spät. Bayern wurde in der Weimarer Republik zum Sammelplatz und zum Aufmarschgebiet der Faschisten gegen die ganze Republik, München zur "Hauptstadt der Bewegung". Wer meint, der rasante Abbau bürgerlich-

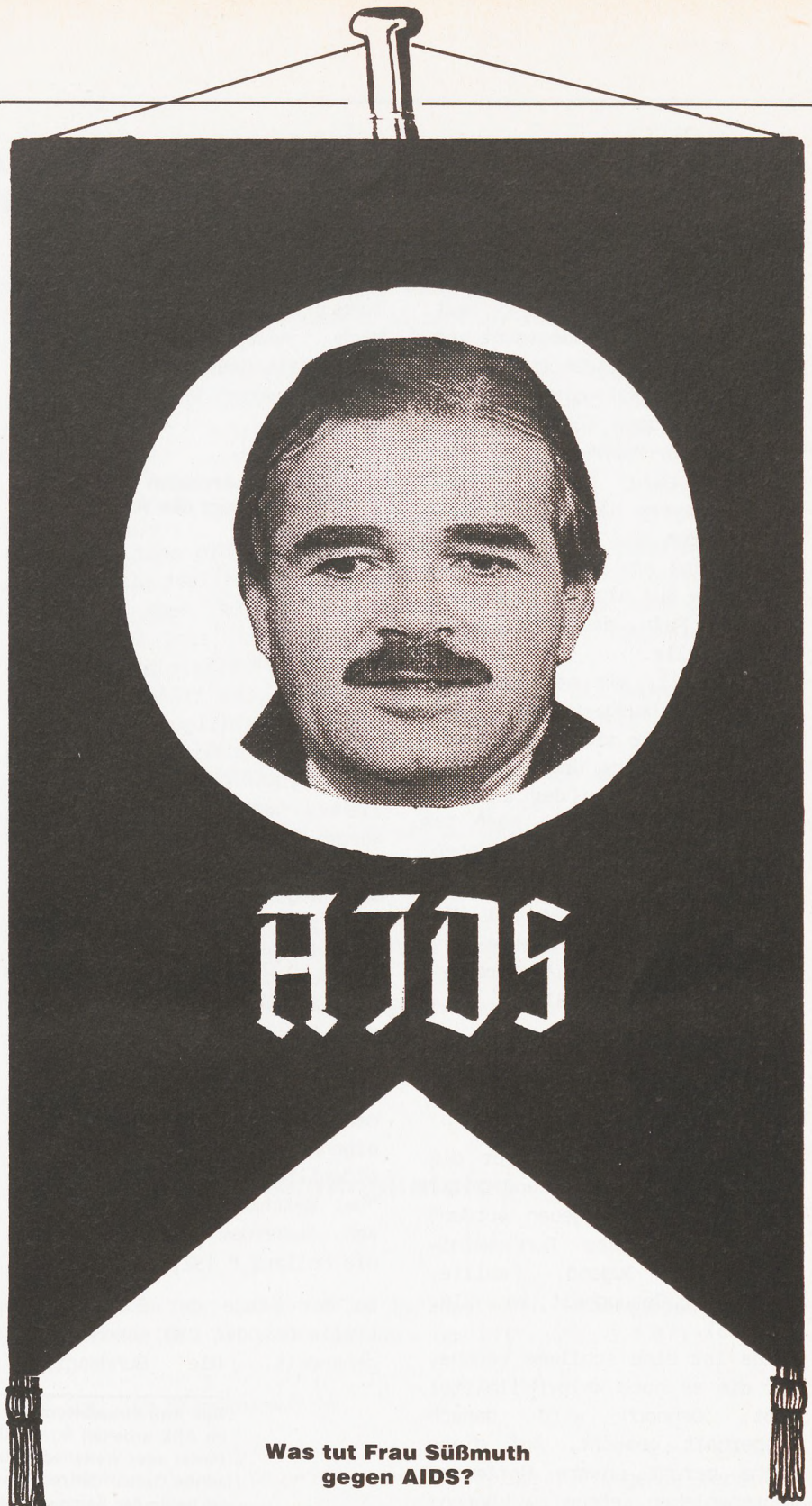
demokratischer Rechte im südlichsten Bundesland sei das Problem der Bayern, der irrt.

Was gestern noch in Bayern praktiziertes Unrecht war - z.B. das Verbot der Bundeskonferenz der AKW-Gegner im November 1986 in Regensburg-, ist heute als bundesweit geltendes "Recht" festgeschrieben in den sogenannten Anti-Terrorismus-Gesetzen vom Januar '87.

Erst im letzten Monat kündigte sich ein Nachgeben der FDP in Sachen "Vermummungsverbot" an. Jahrelang hatte der FDP ihre Weigerung, das Demonstrationsrecht zu verschärfen, als liberales Feigenblatt gedient. Doch dieses scheint in diesen Monaten unter dem Druck der CSU zu welken. Stimmen in der FDP, die Einführung des Strafbestandes der Vermummung mitzutragen, bezeichnete Strauß am 20.7.87 als "hoffnungsvollen Ansatz".

Der Streit zwischen Gauweiler und Süßmuth geht jedenfalls nicht um Kondome. Es ist der Streit im reaktionären Lager darum, wie weit und wie lange noch mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie geherrscht werden soll oder wie weit heute schon faschistische Gewaltherrschaft vorbereitet wird. (Der Streit um die Aufnahme der 14 Chilenen hat die gleiche Ursache). Bei den Koalitionsverhandlungen in diesem Frühjahr hat Strauß Frau Süßmuth vorgeworfen, "bei ihrem Kampf gegen AIDS gehe es um eine unerträgliche Übertreibung des Grundgesetzes" (Pressedienst des Bundesgesundheitsministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Nr. 20, 17.2.87). Strauß ging es gerade um das Gegenteil, um ein Instrument zur Demontage des Grundgesetzes! In diesem Juni warf der bayerische Innenminister Lang Frau Süßmuth "Verhöhnung der Koalitionsvereinbarungen" und "wohlklingende Propagandasprüche zu Lasten der Gesunden" vor. Durch ihre Beschwichtigungsversuche stärke sie nur die "Rechtsstellung der Rücksichtslosen unter den Infizierten" (SZ, 18./19.7.87).

Angesichts der Pläne und Maßnahmen in Bayern neigen fortschrittliche Menschen dazu, im "Süßmuth-Konzept der Vernunft" die Lösung zu sehen. Sie lassen dabei zeitweilig außer Acht, daß die Bundesgesundheitsministerin Mitglied einer reaktionären Partei ist, einer Regierung, die seit ihrem Amtsantritt per Gesetz und Beschlüsse ihre Volksfeindlichkeit unter Beweis stellt. Als z.B. alle Welt über Meldepflicht von AIDS diskutierte, gab es Zeitungsberichte, daß die Gesundheitsministerin an Vorschriften über die Meldepflicht von Schwangerschaftsabbrüchen arbeite (FR, 25.5.87). Zur Beruhigung der Bayern, erklärte die CDU Politikerin am 29.7.87, das Koalitionsprogramm vom März sei von ihr Punkt für Punkt erfüllt worden. (SZ, 30.7.87).



Was tut Frau Süßmuth gegen AIDS?

Was tut Frau Süßmuth gegen AIDS?

Sie dementiert!

AIDS-Test für alle Beamten! meldet Bild am 24.6.87. "Diese Meldung trifft nicht zu", hörte man aus dem Bundesgesundheitsministerium. Was trifft denn zu? "Es ist ... nach wie vor offen, ob es zu Einstellungsuntersuchungen im öffentlichen Dienst kommt." (Pressedienst ... Nr. 91, 24.6.87)

Sollen wir angesichts dieser Offenheit auf die Vernunft der Frau Süßmuth bauen?

Was tut sie noch?

Sie läßt die Bayern gewährleisten!

Strauß und Gauweiler wollen ihre Maßnahmen gegen das Grundgesetz in der ganzen BRD durchsetzen, dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Auch die so oft strapazierte Rechtsstaatlichkeit der

BRD kümmert sie einen Dreck. Genausowenig wie sie allein für Bayern das Demonstrationsrecht ändern können, haben sie ein Recht, das Bundesseuchengesetz auf AIDS anzuwenden, denn laut Grundgesetz geht Bundesrecht vor Landesrecht. Trotzdem tun sie es und schaffen Tatsachen, zuerst für Bayern, dann für den Rest. Was sagt die "Süßmuth-Linie der Vernunft" dazu? Nichts! Klagt sie die Bayern der Grundrechtsverletzungen an? Sagt sie eindeutig, daß sie das Bundesseuchengesetz auf AIDS nicht anwenden will? Nein, das sagt sie an keiner Stelle.

Im Gegenteil, sie hat die Tür bereits weit aufgestoßen: "Gegen diejenigen, die sich unbelehrbar und rücksichtslos über die Gesundheitsinteressen der anderen hinwegsetzen, kann ... nach dem Bundesseuchengesetz vorgegangen, gegen sie können Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Das hat die Bundesgesundheitsministerin immer wieder betont." (Presse-dienst Nr. 20, 17.2.87)

(Wer unbelehrbar ist, siehe Gauweilerkatalog!)

Was tut sie noch?

Sie läßt forschen!

"Insgesamt sind bisher für die medizinische Forschung 12 Millionen DM ausgegeben worden" (Presse-dienst des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Nr. 218, 2.12.86).

"Aids ist eine schlimme Seuche, für die es noch kein Heilmittel gibt. Dennoch wird danach fieberhaft gesucht. Auf diese Suche beruht unsere Hoffnung, Menschenleben retten zu können. Deshalb stellen wir in diesem Jahr zusätzlich 15 Millionen DM für Forschung bereit." (Presse-dienst des Bundesministers Nr. 81, 10.6.87).

Zum Vergleich:

Ein Tornado kostet 100 Millionen DM. Die Bundeswehr besitzt davon 322 Stück. Insgesamt werden für die Bundeswehr täglich (!) 138

Millionen DM ausgegeben. 200 Millionen DM sind für den Bau der bayerischen Staatskanzlei im Hofgarten veranschlagt.

1,5 Milliarden hat die Volkszählung bisher (1.8.87) gekostet. Nach neuesten Berechnungen sollen die Gesamtkosten der WAA in Wackersdorf 5800 000 000 DM betragen.

Ein Zimmermann im Haus erspart die Rita

Meldepflicht hin oder her. Zimmermann praktiziert sie bereits. HIV-Infizierte, nach denen gefahndet wird, sind in internationalen Polizeicomputern gespeichert. Das trifft in erster Linie straffällig gewordene Fäxer. "Das Schlimmste ist, daß sie jedesmal Gummihandschuhe anziehen, wenn ich kontrolliert werde und alle rundherum das mitkriegen", sagt Peter Sch., der wegen Drogenvergehens im Gefängnis saß, dessen Haftbefehl aber längst aufgehoben ist. Im Fahndungscomputer aber bleibt er drin (AZ, 15.7.87). Als Frau Süßmuth sich darüber beschwerte, daß sie von diesen Maßnahmen nichts wußte, teilte ihr das Innenministerium mit, daß das ihre eigene Dummheit sei und sie eigentlich auch nichts angehe: "Der Beschluß sei bekannt gewesen. Außerdem betreffe er nur die Polizei." (SZ, 10.7.87)

In der Frage der Einreisekontrolle hat die CSU schon längst gehandelt. Die Bundesgrenz-

schutzdirektion in Koblenz entscheidet, wer "ansteckungsverdächtig" ist oder nicht. Einen Schweizer, eine Portugiesin und eine Frau aus dem Senegal haben sie schon herausgeschnüffelt. Vor den Toilettenanlagen? Nein, viel einfacher! Die drei hatten angeblich Gesundheitszeugnisse dabei, die sie als HIV-positiv ausgewiesen haben. Wie praktisch für die Fahnder. Und wo die CSU an Frau Süßmuth heute noch nicht vorbeikommt, setzt sie auf den Bundesrat.

Anfang Juli brachte die bayerische Staatsregierung einen Gesetzentwurf im Bundesrat ein, der den Rausschmiß HIV-Positiver EG-Angehöriger vorsieht. Die namentliche Meldepflicht für "Uneinsichtige" soll bundesweite Verbreitung finden. Zur Erinnerung: "uneinsichtig" sind nach Gauweilers Katalog solche, die "seuchenrechtlichen Anordnungen zuwidergehandelt haben", keineswegs "Desperados". Schließlich soll auch noch gesetzlich abgesegnet werden, was in Bayern längst ungesetzliche Tatsache ist: "Die Übertragung von HIV-infiziertem Blut und anderen Körpersekreten soll unter Strafe gestellt werden, ohne daß dabei der Kausalitätsnachweis einer Infektion notwendig wäre" (SZ, 8.7.87).

Nach diesem Gesetz, das es noch gar nicht gibt, sitzt in Nürnberg ein Mann seit Februar '87 in U-Haft.

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Kontaktadresse: Annette Schorb, Kapuzinerstr. 52, 8000 München 5

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Kapuzinerstr. 52, 8000 München 5

E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

Probelauf für Gauweilers Ermächtigungsverordnungen in bayrischen Gefängnissen

Da, wo sich die Betroffenen am wenigsten wehren können, in den Knästen, wird die Diskriminierung der Kranken und die Erweiterung der Staatsgewalt getestet.

Am 3. April 1987 erließ das Bayerische Staatsministerium der Justiz unter Berghofer-Weichner seine bisher letzte Anordnung in Sachen: "Maßnahmen gegen AIDS". (GZ.4551-VIIa-1725/87 rö)

"Alle Gefangenen sind bei der Erstaufnahme auf HIV-Antikörper im Blut zu untersuchen. Den Gefangenen ist mitzuteilen, welchem Zweck die Blutentnahme dient. Gefangenen, die daraufhin die Blutentnahme nicht freiwillig dulden, ist die Einsicht in die Notwendigkeit der Untersuchung eindringlich zu vermitteln. (1) Bei Gefangenen, die Risikogruppen angehören (Homosexuelle und Bisexuelle, Fixer, Tätowierer, Prostituierte, Bluter, Intimpartner von Angehörigen anderer Risikogruppen oder von Infizierten) ist die zwangsweise Blutentnahme nach § 101 StVollzG zulässig.

...

Für Gefangene, die sich derzeit in den Justizvollzugsanstalten befinden und bei denen der HIV-Antikörpertest noch nicht durchgeführt wurde, gilt Nr. 3.1 entsprechend.

Alle Gefangenen sind auch vor der Entlassung auf HIV-Antikörper im Blut zu untersuchen.

...

Behandlung von Gefangenen, bei denen der HIV-Antikörpertest positiv war: Der Gefangene ist grundsätzlich in einem Einzelhaftstraum unterzubringen.

...

In der Regel sind die Mitgefangenen in dem Gemeinschaftsraum von der Infektion zu unterrichten. ... Der Gefangene darf (zur Vermeidung unbegründeter Ängste) nicht mit der Verarbeitung, Behandlung oder Ausgabe von Lebensmitteln befaßt oder als Friseur eingesetzt werden.

Die Eignung des Gefangenen für Lockerungen des Vollzuges und für Urlaub aus der Haft ist besonders gründlich zu prüfen ...

Soweit sonst ein Hinweis auf die Ansteckungsgefahr veranlaßt ist (z.B. für den Arbeitseinsatz, den Transport), ist ein allgemeiner Vermerk ausreichend z.B. "Ansteckungsgefahr!", "Ansteckungsgefahr! Nicht für die Bearbeitung, Behandlung und Ausgabe von Lebensmitteln geeignet!", "Ansteckungsgefahr! Beim Transport stets einzeln unterbringen!").

(1) Mit "Verweigerern" wird verfahren wie mit HIV-Positiven.

Die BRD nach dem Maßnahmenkatalog

Schlangenbad:

Stinkbomben für Gauweiler: Bei einem "AIDS-Forum" der Jungen Union im hessischen Schlangenbad wurde Gauweiler akustisch und durch "Freisetzen einer übelriechenden Substanz gestört". (FR, 3.7.87)

Düsseldorf:

Die SPD-Regierung in NRW erwägt den HIV-Test für Beamtenanwärter.

Düsseldorf:

Das nordrhein-westfälische Justizministerium zieht mit Gauweiler gleich. An Strafgefangenen werden die gleichen Grundrechtsverletzungen verübt, wie in Bayern.

Braunschweig:

Einem gesunden, HIV-positiven Krankenpfleger wurde von einem städtischen Krankenhaus Arbeitsverbot erteilt.

München:

Gauweiler fordert Gummihandschuhe und virusdichte Beatmungsmasken für die Polizei (SZ, 3.7.87). Er erreichte damit:

Würzburg:

Der Verband der Bayrischen Notärzte warnt davor, Verkehrsoffer aus Angst vor AIDS ihrem Schicksal zu über- und notwendige Hilfeleistungen zu unterlassen. Die Bereitschaft der Bevölkerung für Erste-Hilfe-maßnahmen sei bereits zurückgegangen. (SZ, 11.7.87)

München:

Der ehemalige SS-Arzt und heutige Vorsitzende der Bayerischen Landes-Ärzte-Kammer Sewering hält den Maßnahmenkatalog für einen "konstruktiven Beitrag" zur Bekämpfung der "Seuche" (SZ, 4./5.7.87)

München:

Gauweiler fordert Berufsverbot für HIV-infizierte Krankenhausärzte (SZ, 4./5.7.87). An die Niedergelassenen traut er sich nicht ran, unter ihnen gibt es zu viele Anhänger und Förderer der CSU.

München:

Gauweiler-Nachfolger im Kreisverwaltungsreferat Uhl (CSU) verbietet einem am Gesundheitsamt München angestellten Arzt kritische Äußerungen zum Maßnahmenkatalog: Mit einem Menschen, "der jedoch nur abstrakt vom bayrischen Polizeistaat quatscht," könne man nicht zusammenarbeiten (SZ, 27.7.87). Der Arzt hat inzwischen eine Stelle in Hannover bekommen.

München:

Bei der AIDS-Hilfe München häufen sich die Anrufe von Verhetzten: "Laßt sie doch verrecken, um die ist es überhaupt nicht schad" (AZ, 21.5.87).

Frankfurt:

Der "Verein zur AIDS-Bekämpfung e.V.", bei dem Mitglieder nur Ärzte, Zahnärzte und Pharmazeuten werden können, fordert eine "im sozialen Leben unsichtbare, beim Versuch des Geschlechtsverkehrs jedoch nicht zu verbergende, irreversible Kennzeichnung" aller HIV-Virussträger (Pressemitteilung des Vereins vom Januar 1987).

München:

Gauweiler ermächtigt die Gesundheitsämter zur Kontrolle der Friseure, Tätowierer, Kosmetikerinnen ... "Zum Zwecke der Überwachung der Hygienevorschriften u.a. Grundstücke und Räume zu betreten und einzelne Gegenstände zu untersuchen" (NN, 30.7.87).

Köln:

Der AOK-Bundesverband spricht sich gegen den AIDS-Vorsorgetest auf Krankenschein aus, weil's noch kein Heilmittel gegen die erworbene Immunschwäche gebe (SZ, 28.7.87).

Wesel:

20 Schulkinder zwischen sechs und elf Jahren, die an einem Ferienprogramm der Gemeinde teilnehmen wollten, wurden einem AIDS-Test unterzogen (taz, 30.7.87).

Wesel:

41 Elternpaare, die sich um die Adoption eines Kindes bemühten, mußten einen Test über sich ergehen lassen (taz, 31.7.87).

München:

Jetzt ist die Bundeswehr dran: Gauweiler zeigte sich "zunehmend entsetzt" darüber, daß es bisher keine AIDS-Tests bei der Musterung gebe (SZ, 6.8.87).

Nürnberg:

Für "eindeutig rechtswidrig" hält die Regierung von Mittelfranken die Weigerung des städtischen Gesundheitsamtes "ansteckungsverdächtige Personen" unter Zwang zu testen, und bei der Einstellung von städtischen Beamtenanwärtern von dem AIDS-Test abzusehen (NN, 6.8.87).

Geschäftsführer des Landeskomitees der Katholiken:**„Aids keine Strafe Gottes“**

Gegenteilige Behauptung als zutiefst unchristlich bezeichnet

SCHWEIKELBERG (KNA) - „Im Zusammenhang mit Aids von Strafe Gottes zu reden, ist zutiefst unchristlich. Das wäre ein erbärmliches Abbild nicht das Gottesbild eines Baumgartner, Ge-

Es seien Konsequenzen daraus zu ziehen, daß Aids eine ansteckende Krankheit mit tödlichem Ausgang sei. Eine Tabuisierung bezeichnete Baumgartner als ebenso wenig förderlich wie eine Schuldzuweisung, wenngleich sich jeder selbst die Frage stellen müsse, warum

Schulkinder mußten AIDS-Test vorweisen

Kreis Wesel machte Untersuchung für Sechs- bis Elfjährige zur Bedingung für Teilnahme an Ferienurlaub

Wesel (ap/dna) - 30.7.

Zwangstest für Adoptiveltern

Noch mehr skandalös

AIDS-Grenzerlaß gebilligt

onn (ap) - Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben die Abweisung offenkundiger AIDS-infizierter Ausländer an den Grenzen der Bundesrepublik als rechtfertigt gebilligt. Verdacht müsse in jedem Einzelfall begründet dem Erlaß sei klargestellt, keine dem me

Strauß in Aktion

will nach Moskau

"Nach Informationen aus der Münchner Regierung ist ein Moskau-Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß im Gespräch. Eine Einladung an ihn war der sowjetischen Führung in der Vergangenheit von CSU-Politikern mehrmals nahegelegt worden, jedoch nie ergangen. Auf Kontakt von Strauß mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Juli Kwizinski, angesprochen, sagte ein Strauß nahestehender Politiker am Mittwoch, er könne einen solchen Besuch zumindest nicht ausschließen." (SZ, 9.8.87)

Bundeswehr auf Auslandskurs

Deutsche Bomberpiloten übten Tiefflug über den kurdischen Bergen in der Türkei. Etwa 1000 der 5000 Soldaten, die an dem NATO-Manöver "Aurora Express" teilnahmen, kamen aus der Bundesrepublik. Vom Bürgerkrieg haben sie angeblich nichts mitbekommen: "Kurdistan?! Ach, als Gast, da fragt man nicht gerne nach so sensiblen Sachen". (taz, 15.7.87)

Noch sensibler waren die Redakteure der bürgerlichen Presse. Die Aussage von Strauß, daß die Entsendung eines bundesdeutschen Kriegsschiffes in die Auseinandersetzung im Golf ein "sinnvoller Akt" sei, brachten nur ein Münchner Lokalsender und die TAZ (27.7.87).



Wachsfigurenkabinett, heute Buchwabe W: Frau Waldheim, Herr Waldheim und Woityla.

Platz da für FJS

Freitag, 17.7.87, 11 Uhr: Im Audimax spricht Franz-Josef Strauß anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Universität Regensburg. Zutritt haben nur "geladene Gäste". Das Audimax war somit nur halb besetzt. Beim Strauß-Auftritt war kein Platz für Meinungsfreiheit:

Die Uni wurde von sämtlichen politischen Plakaten gesäubert, selbst die Türen der Damentoiletten (!) wurden überpinselt. Einem Strauß-Imitator, der sein Erscheinen auf einer Gegenveranstaltung der Studenten angesagt hatte, wurde Hausverbot erteilt. Doch plötzlich ... mehrere hundert Straußgegner hatten sich trotzdem zu der ketzerischen Anti-Strauß-Veranstaltung eingefunden ...

Beim Strauß-Auftritt war kein Platz für Demonstrationsfreiheit: Die Lautsprecheranlage muß abgebaut werden, weil, wo Strauß, da keine Kundgebung. Auch das herbeigeholte Megaphon darf nicht

benutzt werden, um die versammelten Studenten über all das zu informieren. "Wenn Sie ein Wort durch das Mega sprechen, bekommen Sie eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch!"

Beim Strauß-Auftritt war kein Platz für Menschenwürde:

Die empörten Studenten ziehen den einzig richtigen Schluß: dann gehen wir eben den Franz Josef selbst empfangen. Sie begeben sich zum Audimax. Ihr lautstarker Protest ist für Strauß und seine geladenen Gäste unüberhörbar. Da beginnt die Polizei den Raum vor dem Audimax von den 500 Studenten zu säubern.

Mit doppelt und dreifach besetzten Polizeiketten treiben sie die Straußgegner wie Viehherden zu den Ausgängen und versperren die Türen dann mit schweren Ketten von innen. Die Studenten sind fassungslos, viele können nicht glauben, was da an diesem Tag passiert war: statt Demokratie hieß es: Platz da für Franz Josef Strauß!

Kriegsvorbereitung 1

Zimmermanns Musterschüler, der Staatssekretär im Bundesinnenministerium Spranger (CSU) schlägt die Wiedereinführung des Zivilschutzdienstes vor. Geprüft werden soll an geeigneten (sich häufenden) Katastrophenfällen in Friedenszeiten für den "Verteidigungsfall". Dienstverpflichtet werden sollen - wie gehabt - nicht mehr wehrpflichtige Männer bis 65 und möglicherweise auch die nicht mit Verteidigungsaufgaben befaßten Frauen.

Kriegsvorbereitung 2

Statt dem Wahlrecht für Ausländer bevorzugt das Bundesverteidigungsministerium die Wehrpflicht für Ausländer. (Vorwärts, 3.7.87) Dieser Vorschlag wurde u.a. von Bundeskanzler Kohl verworfen. Es ist auch fraglich, ob die Ausländer die rechte Liebe zur Heimat haben. Vielleicht ist es sinnvoller, sie in der Rüstungsindustrie zwangszuverpflichten, damit deutschen Frauen mehr Zeit und Muse zum Gebären von Kanonenfutter bleibt.

Bundeswehr auf Inlandskurs

Die Bundeswehr wird das Mittelwellenprogramm des dritten bayrischen Rundfunkprogramms übernehmen. Während der Übung "kecker Spatz" im Herbst diesen Jahres wird das "Bataillon für psychologische Verteidigung" die Sendezentrale des BR übernehmen und die Sendungen nach eigenem Gutdünken gestalten. Auf die SPD-Anfrage, ob das mit den Aufgaben des BR zu vereinbaren sei, antwortete Staatskanzleichef Stoiber: man könne dabei von einer "geradezu klassischen Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks" sprechen. Tatsächlich war die massenhafte Verbreitung des "Volksempfängers" Voraussetzung für den Stil der Hitlerschen Kriegspropaganda. (FR, 7.8.87)



„Eine lasche Flasche bist Du Augusto, warum hast Du denn den Blüm nicht gleich behalten!“
tz-Zeichnung: Haitzinger



Schwierigkeiten am rechten Rand

Mit der Wende in Bonn sind auch die alten Faschisten wieder lauter geworden und treten offener auf. Davon profitieren derzeit die Republikaner, die alles sammeln, was rechts von der offiziellen CDU/CSU Politik liegt. Hauptsächliche Themen: Ausländer raus, Wiedervereinigung, Russen raus. Zulauf hat Franz Schönhuber ("Ich war dabei") vor allem vom rechten Rand der CDU.

In Westberlin sind der Vorsitzende der Schülerunion und sein Stellvertreter wegen der "linksopportunistischen Tenden-

zen" in der CDU übergetreten. Schönhuber hat in Westberlin weitere Übertritte angekündigt. Für Konflikte innerhalb der CDU sorgte in letzter Zeit Diepgens Wunsch, zur 750-Jahr-Feier in die Hauptstadt der DDR eingeladen zu werden. Es hatte sich auch bereits ein interner Kreis von Diepgen-Gegnern gebildet: "Christdemokraten für den Zusammenhalt"!! (SZ, 18.7.87)

In der Bremer Bürgerschaft sind die Republikaner mit zwei Abgeordneten vertreten, nicht durch Wahl, sondern durch Übertritte ehemaliger CDU-Abgeordneter. (SZ, 25.7.87)

Linke Schuld an Krawallen im Fußballstadion – deshalb Verschärfung des Demonstrationsrechts

Ende Mai diesen Jahres wartete Gauweiler mit der Überraschenden Feststellung auf, daß "die an Härte zunehmenden Krawalle in den Fußballstadien" das Werk der Linken seien. Der Beweis: "... Linke Gruppierungen einschließlich der Grünen verbreiteten Werbung für politischen Widerstand." Man müsse sich deshalb nicht wundern, daß "Übermütige Jugendliche" randalieren, wenn Verstöße gegen die Maßnahmen des Staates, beispielsweise die Volkszählung, öffentlich propagiert werden (Gauweiler beim

CSU-Arbeitskreis der Polizei in Nürnberg nach SZ vom 25.5.87).

Der frühere Münchner Polizeipräsident und heutige Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium Schreiber übernimmt die Gauweiler-These. Beim Arbeitskreis der Juristen der CSU in Augsburg im Juli '87 erklärte Schreiber: Die Ausschreitungen am Rande von Sportveranstaltungen seien ein gesellschaftliches Phänomen, das eng mit dem Ansteigen politisch motivierter Gewalttaten verknüpft sei.

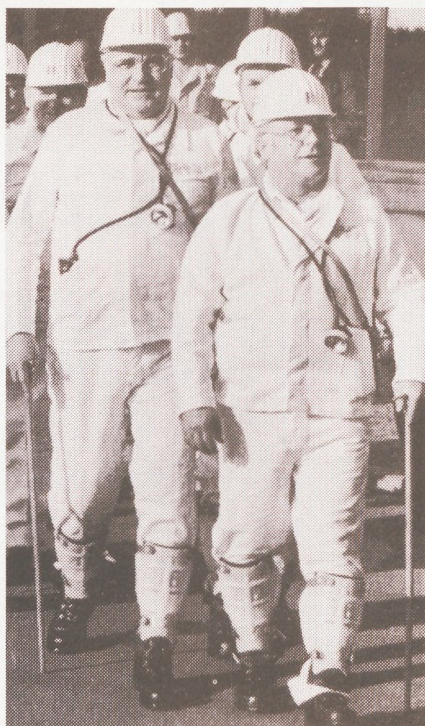
Richter und andere Sympathisanten

Ein Richter in Schwäbisch Gmünd, Wolfgang Krumhard, ist bekannt geworden, weil er Menschen freigesprochen hat, die wegen des Blockierens von Raketendepots bestraft werden sollten. Da der Richter keinen Zweifel daran ließ, daß er auch in Zukunft nicht anders entscheiden werde, hat das dortige Amts- und Landesgericht das Verfahren etwas geändert: Krumhard bearbeitet keine Blockade-Strafsachen mehr. So einfach ist das mit dem Recht. (FR, 22.7.87)

Der "liberale" Justizminister Engelhard (FDP) hat sich für die "Einführung eines Straftatbestands der Sitzblockade" ausgesprochen. Damit könne verhindert werden, daß sich die Rechtsprechung an diesem Punkt auseinanderentwickle. (SZ, 22.6.87) Die FDP war nach dem Krieg ein Sammelbecken alter Nazis in der BRD, die FDÖ (Freiheitliche Partei Österreichs, heute unter Jörg Haider) ein Sammelbecken der Nazis dort: liberal klingt einfach unverfänglich.

Demonstrationsrecht nur für andere

"Die Aberkennung des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit bei notorischen Gewalttätern hat der Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, Heinz Rosenbauer (CSU), angeregt. Es sei auf Dauer unerlässlich, Demonstrationstouristen und Gewalttätern in einem formellen Verfahren die Ausübung des Rechts auf Demonstrationsfreiheit abzuerkennen. ... Dies sei im Rahmen des Artikels 18 des Grundgesetzes möglich ..." (SZ, 30.6.87).



Manchen Menschen sieht man sofort an, daß sie noch nie was gearbeitet haben.



Demonstrationsrecht bis zum „finalen Todesschuß“

"Nur in einem starken Staat kann man liberal sein" sagte Gauweiler, als er einen weiteren Ausbau des staatlichen Gewaltapparats forderte. Damit trifft er einen Grundkonsens der CSU, daß, wenn die Demokratie nicht mehr funktioniert, man sie mit Gewalt und einer angemessenen Übergangsfrist wiederherstellen muß, wie das z.B. Pinochet mit der Ermordung Allendes und der

Terrorisierung Chiles tat und tut. (SZ, 25.6.87)

Auch bei uns sieht die CSU wieder "Handlungsbedarf". Aus dem Bundesinnenministerium verkündet Manfred Schreiber, daß der alte Landfriedensbruchparagraph (alle Personen machen sich strafbar, die nach Aufforderung durch die Polizei eine Demonstration nicht verlassen) und der Straftatbestand der Vermummung nun schleunigst eingeführt werden müssen. Außerdem plädiert er für die bundesweite Einführung von Distanzwaffen. (SZ, 22.6.87)

Die in anderen Staaten als Auf-ruhrwaffen (riot guns) bezeichneten Geräte sind im Vorreiterland Bayern natürlich schon vorhanden. Neben Waffen für Gummigeschosse hat die bayerische Polizei schon seit Jahren Schrotflinten (aus amerikanischen Brutalowestern bekannt), die bis auf eine Entfernung von 20 Metern tödlich wirken.

Mit dem 1. Juni 1987 ist eine "Bekanntmachung" des bayerischen Innenministeriums in Kraft getreten, wonach auch die bayerischen Privatarmeen ("Schwarze Sheriffs") mit Schrotflinten ausgerüstet werden dürfen. In der Bekanntmachung wird deren Einsatz ausdrücklich bei "politisch motivierter Gewaltkriminalität" erlaubt.

Bayern folgt dabei einer langen politischen Strategie. Als das Anti-Strauß-Komitee 1978 verbreitete, daß im neuen bayerischen Polizeiaufgabengesetz der Maschinengewehreinsatz gegen Demonstrationen erlaubt ist, haben viele Menschen ungläubig den Kopf geschüttelt. Wer mag heute noch daran zweifeln, daß die CSU bereit ist, diese Waffen auch einzusetzen - nach dem CS-Gas-Einsatz in Wackersdorf und der Aufforderung des damaligen bayerischen Innenministers Hillermeier, daß in Wackersdorf auch Schußwaffeneinsatz gerechtfertigt sei?

Du Spätaussiedler?

Während nach dem Krieg viele Menschen ihre deutsche Abstammung leugneten - auch um in Ländern wie Polen und der Tschechoslowakei bleiben zu dürfen - ist eine deutsche Abstammung heute wieder begehrt. Anscheinend entdecken immer mehr Menschen, daß ihnen mit der "Vertreibung der Deutschen" etwas entgangen ist und so wird - was lange versteckt wurde - eine deutsche Urgroßmutter in fünfter Generation aus dem Dunkel der Geschichte gezogen. Immer mehr Spätaussiedler kommen in die BRD. In den ersten sieben Monaten 1987 waren es 23.083 fast vergessene Deutsche. Im gleichen Zeitraum '86 noch 21.020. (FR, 5.8.87)

Da diese "Deutschstämmigen" zum großen Teil weder einen deutsch klingenden Namen vorweisen können, noch deutsch sprechen und Ausländer in unserem Land von einigen Leuten nicht mehr gern gesehen werden, warnt die Caritas mit den Worten, daß unsere deutschen Brüder immer mehr "wie Ausländer behandelt würden". (FR, 1.8.87)

Dabei werden spät erkannte Deutsche vom Staat unterstützt. Im Gegensatz zu Asylbewerbern erhalten sie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe, zinsverbilligte Darlehen, Entschädigungen, Steuerermäßigungen und Flüchtlingskredite und sie können ihren Wohnort frei wählen.

Wer nun absolut keine deutsche Urgroßmutter aus dem Dunkel der Geschichte ziehen kann, der zieht sie aus dem Ärmel eines Fälschers. In Bochum ist ein Fälscherring aufgefliegen, der den als Touristen und Asylbewerber einreisenden Polen "deutsche" Abstammungsurkunden besorgte. Das Bochumer Sozialamt entdeckte daraufhin alleine in Bochum 143 falsche Deutsche. Hupka wird sich freuen. (TAZ, 5.8.87)



Auch wenn Strauß 1980 nicht Bundeskanzler wurde, macht er heute Politik gegen die ganze Republik. Auf seine Art: von "Freiheit" bis Pinochet.

Richter..Richter..Richter

Wer in Regensburg bei einem Theaterstück unter freiem Himmel mitwirkt und das Pech hat, beispielsweise einen Polizisten darzustellen, der lebt gefährlich. Denn, es stellt sich das Problem: Wie kommt der arme Tropf - ohne straffällig zu werden - von der Wiese? Fängt er nämlich an Ort und Stelle der Aufführung an, sich zu entblättern, wird es dazu kommen, daß er sich der Öffentlichkeit für Momente in ungehöriger Weise in Unterhosen präsentiert. Wer erregt schon gerne das öffentliche Ärgernis! Er wird also gar nicht erst den Versuch machen, sich seine Uniform vom Leib zu streifen. Es wird jedem einleuchten, daß er es vorzieht, die nächsten vier Wände aufzusuchen, um dort in züchtiger Weise aus seinem Kostüm zu schlüpfen. Falsch! Gerade an dieser Stelle schnappt die Falle zu. Der Darsteller wird zum Täter.

So geschehen in Regensburg nach einer öffentlichen Probe von Bertolt Brechts "Legende vom toten Soldaten". Zwei Täter in Uniform verließen den Ostpark - Ort der Darstellung - und überquerten in "gesetzeswidriger" Weise die nebenliegende Landshu-

ter Straße in der Absicht, auf der anderen Seite ihr Auto zu besteigen. Just in diesem Moment schlugen zwei Original-Ordnungskräfte zu. Sie nahmen die Personalien auf.

Es ist nämlich verboten, Polizeiuniform zu tragen, wenn man in Wirklichkeit gar kein Polizist ist. Damit war's dann aktenkundig.

Herr Lukas der Gerechte, Richter am Amtsgericht zu Regensburg, fällte das Urteil, tat im Namen des Volkes Recht und Ordnung Genüge; jawohl, er rückte den beiden den Kopf zurecht. "Schuldig", hieß sein weiser Spruch, denn schließlich hätte man die Uniform modifizieren müssen und außerdem hätte man an ein Blouson denken müssen - zum Überstülpen nachher.

Für den Fall der Probe eines Stückes gegen den Krieg schaut man lieber zweimal hin. Ist nicht verdächtig, wer gegen den Krieg ist?

In Regensburg ist jetzt die Ordnung wiederhergestellt.

Spendenkonto: Hans-Jürgen Schmitz, Sparkasse Regensburg, 570119644 - Kennwort "Legende".

Der gute Deutsche

Mit der richtigen Ethik

Der angeblich von hohen CDU'lern protegierte Lehrer Koch (Auschwitz sei eine "Erfindung der Amerikaner", die Grünen seien "Lügner und Verbrecher", bei deren "Erschießung er das Kommando übernehmen" wolle), darf nach einem Urteil des Koblenzer Landgerichts weiter unterrichten. Der Lehrer gibt Ethik, der Richter Vergangenheitsbewältigung. (FR, 8.8.87)

Bayerns neuer Datenschutzbeauftragter

heißt seit August Sebastian Oberhauser. Er ist CSU-Mitglied, stellvertretender CSU-Kreisvorsitzender von Ebersberg und Ortsvorsitzender von Vaterstetten. Als ehemaliger Leiter der Rechtsabteilung in der bayerischen Staatskanzlei ist er der Meinung, daß der Datenschutz hauptsächlich eine Sache der betreffenden Ministerien und Ämter selbst sei...

Was drüben Recht ist, darf nicht Recht bleiben

Seit 1961 gibt es in Salzgitter eine zentrale Erfassungsstelle für Hinweise auf Handlungen von DDR-Behörden, die nach bundesdeutschem Recht strafbar wären. Bei Gründung der Erfassungsstelle bestand die Vorstellung, daß die Delikte nach einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten geahndet würden. Die Erfassungsstelle kostet jährlich eine Viertelmillion Mark. (FR, 6.8.87)

"Weizsäcker relativierte, durchdachte auch den 2. und den 3. Schritt, war schließlich der Mann, der emotionslos, realitätsorientiert und bedächtig Böhringers Projekte, Vorhaben und Zukunftsvisionen prüfte. Keine wichtige Unternehmensentscheidung fiel ohne Weizsäckers Einwilligung". So heißt es in der Richard von Weizsäcker-Biographie aus dem Econ-Verlag über die Zeit des heutigen Bundespräsidenten bei der Chemie-Firma Böhlinger vom Mai 1962 bis Juni '68. Was waren das für Entscheidungen, die er so emotionslos und realitätsorientiert prüfte?

Im Dezember 1964 wurde z.B. das Böhlinger-Verfahren zur Herstellung einer Komponente des Entlaubungsmittels, das mit hochgiftigem Dioxin verunreinigt und verantwortlich für die vielen

mißgebildeten Kinder in Vietnam ist, an die amerikanische Firma Duw übergeben. Noch 3 Jahre später notierte ein Böhlinger-Mann: "Solange der Vietnam-Krieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten."

Im Juli 1984 fragte die Gewerkschaftszeitung Metall den Bundespräsidenten nach seinen Geschäften bei Böhlinger. Er wisse von gar nichts. Als Prozeßbeteiligter an den Nürnberger-Prozessen - er war Mitverteidiger seines Vaters - sollte Weizsäcker jedoch eines gelernt haben: Die Völker werden die Verantwortlichen eines Tages zur Rechenschaft ziehen. (Eine Recherche von Münchner Mitgliedern der Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam)



Manche Türken sind der Bundesregierung willkommen

Trotz Einreiseverbot und obwohl die Polizei den Chef der faschistischen türkischen Terrororganisation "Graue Wölfe" Alparslan Türkes erkannte, durfte er einreisen und auf sogenannten türkischen Folkloreabenden Hetzreden schwingen (der Verfassungsschutz war beobachtend anwesend; türkisch hat wohl keiner verstanden?).

Anfänglich wurde behauptet, die Grenzbeamten hätten "übersehen", daß Türkes im Grenzfahndungsbuch stand. Tatsächlich hatten sie wohl Anweisung zu übersehen, denn nachträglich hob das Innenministerium (Zimmermann das Einreiseverbot für Türkes auf. In diesem Jahr konnte Türkes auf mindestens drei Veranstaltungen im Bundesgebiet sprechen. (SZ, 20.6.87)

Herbst 1985, die Bundeswehr feiert ihr 30-jähriges Bestehen. Im ganzen Lande werden aus diesem Anlaß öffentliche Gelöbnisse zelebriert. Auch in Regensburg sollte auf diese Art angemessen gefeiert werden. Mitten in das sauber abgeschirmte Zeremoniell flatterten von oben herab Flugblätter, die die Soldaten aufforderten, das Spektakel der Bundeswehr nicht mitzumachen und von ihrem Recht der Gelöbnisverweigerung Gebrauch zu machen.

Schon Tage zuvor war das Flugblatt vor den Kasernen verteilt worden und fand dort viel Beachtung. Das war zuviel, zumal die Übeltäter, die das schöne Gelöbnis mit ihren Flugblättern versaut hatten, nicht gefaßt werden konnten.

Der Verfassungsschutz arbeitet für Siemens

Die Zeitung der IGM "metall" hatte im Mai aufgedeckt, daß Siemens vor Einstellungen und internen Arbeitsplatzwechseln die Gesinnung des "Mitarbeiters" vom bayerischen Verfassungsschutz überprüfen läßt. Erst behauptete Siemens, dies geschähe auf Anforderung der Bundespost. Widersprüchliche Angaben der Post und weitere Recherchen bei Siemens belegten, daß Siemens nicht auf Anforderung der Post handelt und auch nicht nur Personen überprüft, die an Projekten für die Post arbeiten. Diese "Datenschutz"-

Praxis verstößt mehrfach gegen geltendes Recht. Erstens erfährt der Überprüfte nicht, daß er überprüft wird, kann sich also nicht - wie z.B. bei einer Beamtenanhörung - gegenüber Vorwürfen verteidigen. Zweitens hat Siemens offensichtlich nicht nur die Information unbedenklich/bedenklich vom Verfassungsschutz erhalten, sondern detaillierte Informationen zur Person. Drittens wird diese Praxis auch nach Bekanntwerden nicht geändert. Gesetze sind mittlerweile in Bayern keinen Pfifferling mehr wert.

Zurück in den Golfkrieg

Das Bundesinnenministerium steht vor einem Problem: Die Zahl der minderjährigen, alleinstehenden Asylbewerber steigt sändig an.

Da diese Kinder, die z.B. aus dem IRAN Khomeinis vor dem Einsatz an der Front fliehen, besser und anders betreut werden müssen, hat man sich eine "Lö-

sung" ausgedacht. Das Bonner Innenministerium wies die Grenzschutzämter der BRD an, minderjährige Iraner in den Krieg zurückzuschicken. Ihre "Zuwanderung ist unerwünscht", da die Kinder "als Sozialhilfempfeänger den Bundesbürgern zur Last fallen würden." (taz, 10.6.87)

Wehrkraftzersetzung

Der Staatsanwalt erhebt Anklage

Ein Jahr später wird Anklage erhoben gegen Wolfgang Müller, den presserechtlichen Verantwortlichen der "Rührt Euch" und Sabine Petz, die vor den Kasernen verteilt hat. Wegen eines Vergehens nach § 89 Strafgesetzbuch: "Wer auf Angehörige der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans planmäßig einwirkt, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, und sich dadurch absichtlich gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt, wird

mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft." Als wesentliches Ermittlungsergebnis stellte der Staatsanwalt fest: "Das Flugblatt



"Die Tat"

kann insgesamt nur dahingehend verstanden werden, daß die Soldaten der Bundeswehr ihren Verteidigungsauftrag vernachlässigen sollen, da es nach Aussage des Flugblatts außer dem eigenen Leben in der Bundesrepublik nichts zu verteidigen und zu schützen gäbe."

Der Straftatbestand der Wehrkraftzersetzung wurde erstmals von den Nationalsozialisten 1934 eingeführt. Heute hat man's eleganter formuliert.

So wird denn verhandelt. Vor der Staatsschutzkammer in Nürnberg. Der erste Termin im Dezember 1986 platzt, weil was mit einem Laienrichter nicht stimmt und der Richter auch merkt, daß so schlampig ermittelt wurde, daß da nachgelegt werden muß. Die Staatsanwaltschaft setzte also ihren nachermittelnden Apparat in Bewegung - wobei vor allem Material des Verfassungsschutzes zusammengeklaut wurde - und fühlte sich alsdann gerüstet für einen neuen Verhandlungstermin: 24. Juni 1987.

Testballon geplatzt

Das Verfahren endete mit Freispruch für beide Angeklagten. Mit der Urteilsbegründung für den Freispruch verpaßte sich Richter Brinck selbst eine Ohrfeige: Er sagte nämlich, daß die Aufforderung, das Gelöbnis zu verweigern und das, was da in der Anklageschrift aus der "Rührt Euch" zitiert ist, für eine Verurteilung nach § 89 nicht ausreicht. Nun, Herr Richter, dann allerdings hätte dieser Prozeß nie eröffnet werden dürfen. Daß ihm selbst anscheinend nicht ganz wohl in seiner Robe war, zeigt ein lustiger Versprecher: "Ich weiß", sagte er zu einer der Rechtsanwältinnen, "daß den schwarzen Peter jetzt das schwarze Gericht hat".

Staatsanwalt Dettenhover versuchte indes zu retten, was zu retten war. Da ihm selbst deuchte, daß dieses Flugblatt "Verweigert das Gelöbnis" für eine Verurteilung nicht ausreichen würde, hatte er

sich in das Studium mehrerer Exemplare der "Rührt Euch" vertieft, um nachzuweisen, welcher Wehrkraftzeretzender Geist die Angeklagten umtreibt. Dann gab er folgende atemberaubende Argumentation zum besten: Er habe viele Ausgaben der "Rührt Euch" gelesen, und da werde immer alles so geschickt ausgedrückt und somit vermieden, den Tatbestand des § 89 zu erfüllen. Im Klartext: Die Tatsache, daß nichts Strafbares in der "Rührt Euch" steht, wurde als besondere Hinterfotzigkeit gedeutet.

Zum Glück aber hatte er bei seiner Lesearbeit doch Passagen gefunden, die ihm anrühlich erschienen. Zum Beispiel dieses Fundstück, wo es heißt: **"Sand ins Getriebe der Bundeswehr - bis es knirscht! Seid nicht die folg samen Soldaten, wie sie der Barras haben will. Kämpft gegen Militarismus und Krieg!"** Von Wolfgang Müller wurde dem Herrn Staatsanwalt erklärt, daß er die Erfahrung gemacht habe, daß bei

der Bundeswehr schon dann alles mögliche zu knirschen anfängt, wenn mal einer nur eine Meinung äußert, die den Vorgesetzten nicht paßt (z.B. wurde er selbst mit Goebbels verglichen, als er den Standpunkt seiner Gewerkschaft, der IG Metall zur 35-Stundenwoche vertrat), doch der Staatsanwalt war nicht zu belehren. Bei der Bundeswehr darf nichts im Getriebe knirschen, weil das die Verteidigungsbereitschaft untergräbt. Wo käme man denn da hin, meinte er, wenn der einzelne Soldat nicht folgsam wäre, sondern selbst entscheiden würde, ob er ein Gewehr in die Hand nimmt oder nicht!?

Allerdings. Wo kämen wir denn da hin. Vielleicht dahin, daß ein neuer Krieg vermieden wird? Den zahlreichen Zuhörern im Gerichtssaal jedenfalls wurde ziemlich deutlich, daß das Gerede vom "mündigen Bürger in Uniform" bestenfalls für Sonntagsreden von Politikern taugt.



Trotz allem mußte der Richter freisprechen. Aber der Spuk ist noch nicht vorbei. Der Staatsanwalt legte Revision ein. Weitere Nachermittlungen sollen an anderen Punkten beweisen, daß kritische Meinungsäußerung vor den Toren der Kasernen eben doch den Tatbestand der "Wehrkraftzersetzung" erfüllt. Deshalb brauchen die Angeklagten unsere



Unterstützung. Wendet Euch an Sabine Petz und Wolfgang Müller.
Maidenbergstraße 5
8400 Regensburg
Tel.: 0941/560818
Spendenkonto:
63 66 96 (Wolfgang Müller)
Kennwort "RÜHRT-EUCH-PROZESS"
Sparkasse Regensburg
BLZ 750 500 00

Studenten der Reserve

Ist Bundeswehrgeneral Scriba ein Militarist?

Das hätte im Juli eigentlich in einem viertägigen Gerichtsverfahren gegen 5 Regensburger Gegenstand der Verhandlung sein sollen.

Insgesamt sieben Studenten bzw. heute ehemaligen Studenten legte die Staatsanwalt Nötigung, Beleidigung, Hausfriedensbruch und einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zur Last. Es ergingen Strafbefehle über insgesamt 13.000 DM. Die bayerische Justiz betätigt sich wieder einmal aktiv in der Sparte "Freie Bahn für's Militär, Kriegsgegner vor den Kadi".

Der Anlaß

Nicht nur, daß an den westdeutschen Hochschulen seit einigen Jahren Burschenschaften und Corps alter reaktionärer Prägung wieder Aufwind spüren. 1985 gründete sich eine "Bundesarbeitsgemeinschaft studierender Reservisten", von Korporierten getragen, die an der Universität für die Ziele und Belange des Militärs wirbt. Tatsächlich finden seither an den Unis bundesweit Veranstaltungen statt, bei denen Generäle der weltweit kriegsführenden Nationen Hauptgesprächspartner (Fachmänner) in Sachen Frieden sind. Dabei werden einerseits Offiziere der Reserve an den Hochschulen zusammengefaßt, es geht aber auch darum, undeutsche Haltungen an der Universität zu bekämpfen (notfalls per Gericht) und die Wissenschaft in den Dienst des Militärs zu stellen.

"Unsere" Regensburger Teilgliederung, der "Arbeitskreis Sicherheitspolitik Universität Regensburg"(ASR), entwickelte sich seither zu einem richtigen Generals-Einlader-Verein.

Etwa 70 Studenten hatten eine Veranstaltung des frisch zu 30 Jahre Bundeswehr gegründeten ASR gestört, und einen einschlägig bekannten Bundeswehrgeneral mit Rufen "Militaristen raus" in Empfang genommen. Die Störungen einerseits, und die Abwesenheit von willigen Generalszuhörern andererseits führten dazu, daß die Studenten der Reserve samt General nach einer dreiviertel Stunde umzogen, um im trauten Kreise zu lauschen "Wie weit kann Abrüstung gehen?" Schlimmer war's nun auch nicht. Dennoch, General Scriba und Veranstaltungsleiter Oberleutnant der Reserve stud. jur. Schröder sahen sich durch den Titel "Militarist" ehrverletzt, der stud.offz. stellte sogar schon vor der Veranstaltung präventiv einen Strafantrag. Studentische Toleranz und Diskussionsfreude eben.

In erster Instanz beantragte nun der Staatsanwalt eine Verdoppelung des Strafmaßes auf 120 Tagessätze. Beschwörend beugte er sich in dem Kittel mit der unseligen Tradition über den Richtertisch: Die Angeklagten seien "hochgradig kriminell" und hätten durch ihr Verhalten "Die Demokratie am Nerv getroffen". Vergleiche mit Nazibanden aus der Weimarer Republik kann der Staatsvertreter Preischl auch nicht lassen. Ferner sei schon deshalb von gemeinschaftlicher Vorbereitung der kriminellen Tat auszugehen, weil einer der Angeklagten zu Beginn des juristischen Teils der Militärförderung bekundete, daß unter den Angeklagten eine Gesinnung gemeinschaftlich sei! Schuldig! ("gemeinschaftlich ist nicht, daß wir Kriminelle sind, gemeinschaftlich ist unsere Gesinnung gegen jede Kriegsvorbereitung.")

Die durch "Militaristen Raus" ehrverletzten Offiziere waren als Zeugen geladen, denn da sie beleidigt sind, sind sie auch Gegenstand des Verfahrens:

Brigadegeneral Scriba

Er referierte 1985 im Auftrag der Bundeswehr beim Verband Deutsches Afrika-Korps, dem Traditionsverband, der Generalfeldmarschall Rommels "Verteidigungsfeldzug" in Afrika bejubelt.

"Als nächster Redner folgte General der Bundeswehr Hans Scriba. Wir kennen ihn inzwischen als treuen Freund der 'Afrikaner'. Seit einigen Jahren nimmt er regen Anteil an unseren Treffen. Außerdem zählte er zu den Freunden unseres verstorbenen Generals Westphal: "

.. In diesen Tagen, im 30. Jahr des Bestehens der Bundeswehr, gehen die letzten Bundeswehr-offiziere in den Ruhestand, die noch als Offiziere der Wehrmacht in den letzten Monaten des Krieges gekämpft haben. Sie und die Jahrgänge vor ihnen haben diese Bundeswehr aufgebaut, und fast alle waren für uns Jüngere Vorbilder in Pflichttreue und Hingabe an den Auftrag. Sie haben die ersten Generationen von nicht kriegsgedienten Soldaten der Bundeswehr ausgebildet und erzogen ... um einen kriegstauglichen Soldaten auszubilden. ..., daß die soldatischen Leistungen der Truppenteile der Wehrmacht nicht vergessen werden dürfen, sondern für kommende Generationen in der Erinnerung zu bewahren sind."

So sprach der General vor 800 alten und neuen Mitgliedern in der Inntalhalle in Rosenheim. Über dem Rednerpult hängt eine Fahne, auf der über einer Palme und dem Eisernen Kreuz steht:

"1941 Afrika". Zu seinem Schutz und dem der anwesenden Vertreter der Regierung (Schirmherr der Tagung: Strauß) befinden sich in und vor dem Saal: Eine Kompanie Polizei in Kampfausrüstung. 70 Kriminalbeamte für Personenschutz in der Halle. Nicht zu vergessen ist ein 50 Mann starkes Musikkorps der Bundeswehr, das die Reden mit entsprechender Stimmungsmusik umrahmt.

So manchem alternden Kameraden des "Wüstenfuchses" Rommel mag es angesichts solcher "Pflicht-treue und Hingabe an den Auftrag" das Wasser in die Augen getrieben haben. Sie mögen schon wieder vergessen haben, daß der Auftrag, von dem Scriba sprach, Mord geheißsen hat, und zwar Völkermord im Osten, Norden, Westen, Süden.

Militarismus ist das alles natürlich ist, auch nicht, daß auf ebenh dieser Veranstaltung der tote Generalfeldmarschall Kesselring geehrt wurde, der laut Brockhaus mehrere Hundert Kriegsgefangene ermorden ließ, und über den die Vereinschronik des Afrika-Korps sagt: "Das Jahr 1952 ... Okt.: Generalfeldmarschall Albert Kesselring ist aus dem Zuchthaus Werl (wo er als zu lebenslänglich verurteilter Kriegsverbrecher saß d.Verf.) entlassen und wird Ehrevorsitzender des Verbandes."

Der Prozeß

Diese und andere Fakten über die Zusammenhänge des General Scriba, der Bundeswehr mit der Kriegsverherrlichung des Afrika-Korps kamen in den 4 Tagen zur Sprache. Der Zeuge Scriba beschwerte sich bereits: "Ich bin ja schon der Angeklagte". Mit keinem Wort wollte er sich von den von ihm als Vorbilder gesehenen Wehrmachtsgenerälen distanzieren: "Ich kann mich nicht zum Ankläger von Personen machen, die in einer ganz anderen Situation waren".

Nach einstündigen Plädoyers der Rechtsanwälte und der Angeklag-



Burschenschaften raus aus den Hochschulen, forderten Regensburger Studenten in einem Sketch bei der Protestdemonstration gegen die in Coburg stattfindende Massenveranstaltung der Waffenbrüder.

ten, stand er auf der Richter "Bin in einer viertel Stunde wieder da", und verkündete dann seine weise Überlegung: (Auszüge sinngemäß)

"Vier der Angeklagten sind überführt, und werden zu Strafen von je 100 (!) Tagessätzen verurteilt. Die Gesinnung der Angeklagten interessiert hier nicht. 'Militaristen raus' ist eine Beleidigung, da die Beleidigten keine Militaristen sind. Die Handlungsweise der Angeklagten gleicht der, die den Niedergang der Weimarer Republik herbeiführte, die demokratischen Grundrechte sind im Nerv getroffen ..."

Die Justiz stellt den Antimilitarismus unter Strafe. In der Weimarer Republik waren jedenfalls nicht Stimmen der Kriegsgegner zu laut, und sie waren es auch nicht, die Europa in ein einziges Zuchthaus verwandelten. Die Justiz machte es sich damals zur Aufgabe, Antimilitaristen schon beizeiten ins Zuchthaus zu werfen - lange vor der Machtergreifung und nicht erst vor dem zweiten der Weltkriege.

Dies ging einher mit einer fortschreitenden Militarisierung aller Bereiche der Gesellschaft, gerade und auch der

Universitäten. Dort warben Korporierte für soldatisches Bewußtsein und die entsprechenden Ideale Ehre, Freiheit, Vaterland, für die gegen andere Völker aber auch gegen das eigene marschiert wurde. Natürlich stellten sie hierbei die Offiziere, und natürlich war bei diesem Werben nicht vom Krieg, sondern vom Frieden sichern die Rede.

Soldat- Student- Reservist!



BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
STUDIERENDER RESERVISTEN

Antifaschisten in Aktion

Eine Stadt wehrt sich

Gleich drei rechtsradikale Organisationen treten zur Bremer Bürgerschaftswahl am 13.9.87 an. Gleich zwei davon stammen aus dem braunen bayerischen Sumpf: Die DVU (Deutsche Volksunion) des Faschisten und Herausgebers der Deutschen Nationalzeitung Gerhard Frey aus München und die "Republikaner" des SS-Bekenners Schönhuber (Ich war dabei). Die dritte im Bunde ist die FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei) des Faschisten Michael Kühnen. Überwiegend mit rassistischer Propaganda überschwemmen sie derzeit die Hanse-Stadt - sie versuchen es zumindest. Denn

- Briefträger weigerten sich, eine Wurfsendung der DVU auszutragen. Dafür wurde ihnen von der Post mit Kündigung gedroht. (Wir berichteten im letzten DID).

- ein Bündnis aus Parteien, Bürgerinitiativen und Kirchen sammelte die Postwurfsendungen und andere Flugblätter der Neonazis wieder ein.

- die in Hamburg erscheinende "Bremer Morgenpost" kündigte auf Druck der Leser ihren Vertrag mit der DVU, 37 ganzseitige Anzeigen zu veröffentlichen.

- Radio Bremen wird weder im Hörfunk noch im Fernsehen Wahlwerbung für die DVU machen.

- nur bei der CDU stinkt die Scheiße: Da sie nach wie vor in ihrem "Weserreport" DVU-Anzeigen veröffentlicht, haben ihr einige Bremer Bürger vor die Tür geschissen.

Der Landeswahlausschuß hat alle drei Nazi-Parteien zugelassen - mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD! Nur die Grünen stimmten dagegen!



Betriebsräte der Klöcknerhütte rücken einer Plakatwand der DVU zu Leibe. Erfolg der Aktionen: Frey sagte eine zentrale Großveranstaltung in Bremen ab. Sie findet jetzt in der Passauer Nibelungenhalle statt.



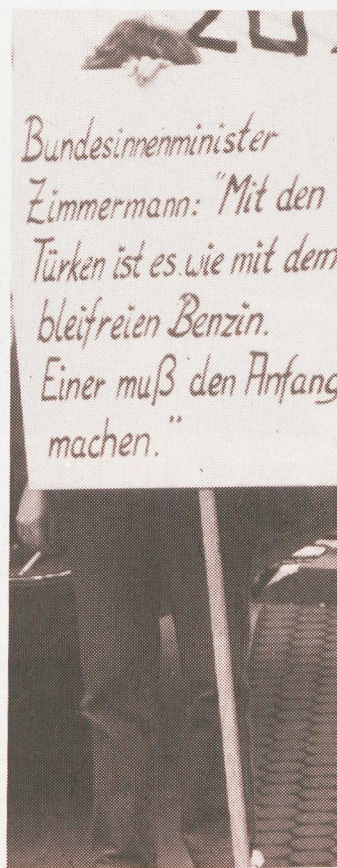
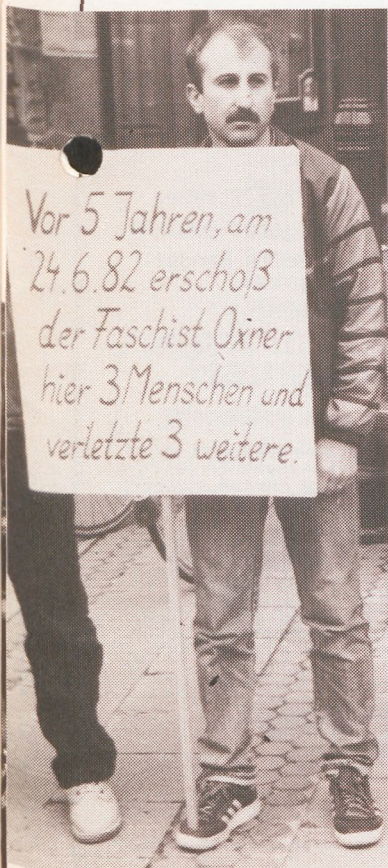
Altapiersammlung. Die ausländerfeindlichen Veröffentlichungen der Neonazis werden wieder eingesammelt.



Der Opfer gedenken, heißt den Faschismus bekämpfen

Am 24.6.87 riefen der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg, die Grünen, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, die SPD Gostenhof und die Initiative "Ausländer und Deutsche" zu einer Mahnwache vor der Nürnberger Diskothek Twenty-Five auf, wo die beiden Amerikaner William Schenk und Rufus Surles und der Ägypter Mohamed Ehap von dem Neonazi Oxner erschossen wurden.

Die Verantwortlichen haben aus dem Tod dieser drei und vieler anderer Ausländer nichts gelernt. Im Gegenteil, sie haben mit ihrer Kampagne gegen die Asylbewerber im Sommer '86 und zuletzt mit den AIDS-Zwangsmaßnahmen den Rassismus, mit dem schon einmal die Deutschen zum Krieg gegen andere Völker gehetzt wurden, staatlicherweise verordnet.



Lüge und Wahrheit

Es ist gar nicht wahr, daß die beiden - der Strauß und der Gauweiler - die Lunte legen; weil es nicht wahr ist, daß sie Knüppel schwingen und das Recht morden. Die Bomben von heute haben keine Lunte. Die Dreckarbeit mit den Knüppeln besorgen andere und das Recht wandelt sich eben.

Wenn ich also ernsthaft schreiben würde: "Strauß und Gauweiler legen die Lunte / schwingen die Knüppel / morden das Recht" würde ich postwendend vom ordentlichen Freistaatbürger zur kriminellen Subversivbazille. Man würde mich auffordern, eine Strafe zu zahlen; und das wollen wir doch alle nicht.

Wahr ist, daß sechs Mitglieder der Agitprop-Gruppe "Aufrührer" wegen eines Refrains, durch den die beiden Unausprechlichen bezichtigt werden, die Lunte zu legen, die Knüppel zu schwingen und das Recht zu morden, des Vergehens der Beleidigung angeklagt sind.

Besagter Refrain stammt aus dem Lied "Kriminaltango". Im Januar dieses Jahres wurde damit in München zur Anti-Strauß-Demonstration "Für die Erhaltung demokratischer Rechte" aufgerufen.

Foto: argum/München



Die Aufrührer unterwegs-z.B.wie hier auf der antifaschistischen Kundgebung in Bologna am 2.8.87.

Kriminaltango

Kriminaltango in diesem Lande
dunkle Gestalten
im Regierungsgewand

Strauß und Gauweiler
legen die Lunte
schwingen die Knüppel
morden das Recht

Und sie tanzen ihren Tango
"Denn das Volk ist uns verdächtig,
aus allen Ecken droht der Terror,
wer hier aufmuckt ist suspekt.
Kommunisten, Demonstranten,
Proletenpack und Asylanten -
was kümmern uns noch die Gesetze!
Unrecht ist was uns nicht paßt"

Strauß und Gauweiler
legen die Lunte
schwingen die Knüppel
morden das Recht

und sie tanzen ihren Tango
Schritt für Schritt die rechte Wende.
Mit der Freiheit gehts zu Ende -
heute Bayern morgen Bonn:
an deutschem Geist und deutschem Wesen
wird die Welt einmal genesen.
"Es geht um Deutschland - um die Kasse!
Wir in Bayern - wir sind vorn!"

Strauß und Gauweiler
legen die Lunte
schwingen die Knüppel
morden das Recht

doch sie tanzen ihren Tango
immerzu auf unsrer Nase.
Da hilft nur der Druck der Straße,
mit diesem Tango macht jetzt Schluß!
Stoppt den Strauß und seine Bande!

Gegen Beugung unsrer Rechte!
Steht nicht abseits still am Rande,
fünf Finger bricht man,
nicht die Faust!



Spaß mit Gustl

22. Juni 1987. Der bayerische Innenminister Gustel Lang will auf einer öffentlichen Veranstaltung des reaktionären "Rings Christlicher Deutscher Studenten"(RCDS) an der Regensburger Uni zur "Inneren Sicherheit" sprechen.

Wir - ca. 70 linke und demokratische Studenten, 2/3 der Anwesenden (mit Gustl) sind auch da. Denn wir haben zum Thema noch viel zu sagen. Doch das will man wohl nicht hören, so wäre jedenfalls das Filzen durch nette Jungs in Zivil zu deuten. Doch wir wollen Gustl! Und als

alle im Saal versammelt sind und der Minister für's Innere begrüßt wird, hält uns nichts mehr. Wir brechen in tosenden Applaus und "Gustel-Gustel"-Rufe aus. Selbst sein leicht verwirrtes Grinsen kann unsere Begeisterung nicht mindern. Nach 10 Minuten legt sich der Beifall für einen, der sich so demokratisch der Öffentlichkeit stellt. Doch schon seine ersten Worte hauen uns vom Sockel: "Liebe Freunde ..." "Bravo"-Rufe lösen sich mit "Freibier" ab, und alle sind seelig wie am Aschermittwoch. Als vom angeblichen Stören die Rede ist, können wir nur

empört mit: "Ausdünnen, Gustel! Alles Ausdünnen!" antworten. Doch als unsere Stimmung nach einer durchgeklatschten und -gejubelten Dreiviertelstunde am Höhepunkt ist, und Gustel vor Rührung gar nichts mehr sagt, wird die Veranstaltung zur geschlossenen erklärt, und 30 nette Typen sind plötzlich nicht mehr "zivil", sondern schützen Minister und Verfassung und räumen den Saal. Ein schöner, erfolgreicher Nachmittag, Gustel. Schade, daß wir kein Wort verstanden haben. Bis zur nächsten "öffentlichen Veranstaltung".



3.7.87 Strauß fühlt sich von Bischof diffamiert

MÜNCHEN (KNA) - Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß fühlt sich von dem südafrikanischen Bischof Hubert Bucher „diffamiert“. In einem von der bayerischen Staatskanzlei veröffentlichten Schreiben wirft Strauß Bucher fehlende Sensibilität für die aggressive Zielsetzung des Weltkommunismus vor. Bucher hatte kürzlich Strauß für dessen Glückwünsche zum jüngsten Wahlsieg des südafrikanischen Präsidenten Botha getadelt und die Meinung vertreten, Südafrika werde, ohne daß es großer Anstrengungen irgendeiner kommunistischen Macht bedürfe, dem Chaos zutreiben.

Hausverbot für KZ-Insassen

Bahnpolizei schritt gegen Deserteur aus dem Weltkrieg ein

gru. Ludwig Baumann, 65 Jahre alt, ehemaliger KZ-Insasse und überzeugter Antimilitarist darf sich drei Monate lang nicht mehr im Hauptbahnhof aufhalten. Die Bahnpolizei sprach dieses Hausverbot aus, nachdem Baumann gestern wiederholt angehende Rekruten auf ihr Recht zur Wehrdienstverweigerung hingewiesen hatte.

Die jungen Leute mußten gestern ihren Dienst bei der Bundeswehr antreten und waren in Sonderzügen nach Bremen gekommen. Der 65jährige Bremer wollte die Gelegenheit nutzen, sie auf ihre im Grundgesetz verankerten Rechte aufmerksam zu machen. Sein Motiv: 1942 war er aus der Hitler-Armee desertiert und deswegen zunächst zum Tode und später zu einer zwölfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er kam ins Konzentrationslager und danach in das Strafbataillon 500, das im Osten als „Kanonenfutter“ eingesetzt wurde.

Als Baumann den jungen Leuten seine Erlebnisse schilderte und sie auf die Kriegsgefahr hinwies, mischten sich nach seinen Aussagen Bahnpolizisten ein. Sie führten ihn ab, konnten ihm aber, so Baumann, „keine plausible Erklärung für ihr Eingreifen geben“. Das Argument, gegen ein Versammlungsverbot auf dem Bahngelände verstoßen zu haben, ließ er nicht gelten.

Als ein weiterer Sonderzug mit Rekruten eintraf, sprach der ehemalige Deserteur deshalb, erneut junge Leute an. Wiederum schritt die Bahnpolizei ein. Und diesmal erteilte sie ihm das Hausverbot für drei Monate. Den Bahnhof darf Baumann jetzt nur betreten, wenn er eine Reise antreten will.

Bei der Bahnpolizei war gestern abend keine Stellungnahme zu dem Vorfall zu erhalten.

WK 2.7.87

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 15.-
☐ ein Förderabonnement DM 30.-

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an:
Annette Schorb,
Kapuzinerstr. 52,
8000 München 5

Postscheckkonto
Annette Schorb
München 1308 56-804



Die Wahrheit vom Rathaus

Wer in Bayern die Wahrheit schreibt, riskiert einige Stunden Freiheitsentzug, erkennungsdienstliche Behandlung und saftige Geldstrafen.

Deshalb flatterten am Samstag, den 1.8.87, auf dem Höhepunkt der menschenverachtenden Auseinandersetzung um die Aufnahme der chilenischen Todeskandidaten, um Punkt 11 Uhr 10.000 Flugblätter in die Münchner „gute Stube“, die Fußgängerzone.

„Strauß macht gemeinsame Sache mit den faschistischen Folterknechten“ hieß die Überschrift des Flugblattes, das - damit auch die vielen Touristen was lernen über dieses Land - in Englisch übersetzt war.

„Sofortiges Asyl für die 14 Chilenen“ wurde gefordert und daß endlich Schluß damit sein muß, daß der Kumpan der Mörder in Chile in der BRD die Politik bestimmt.